

Europa und seine Krisen als umkämpfte Objekte volkswirtschaftlicher Deutungen

Christian Schmidt-Wellenburg (cschmidtw@uni-potsdam.de)

University of Potsdam, Germany

The profession of economics is central to European governing, governance and government. Economists produce perceptions of economy, politics and society, without which it would be hard to imagine, let alone govern Europe. The article focuses on one specific instance of such knowledge: German-speaking economists' crisis perceptions 2009–2015. In a first step, the diversity of economists' crisis statements is analysed using a multiple correspondence analysis (MCA). Six discursive currents can be identified: three ordo-liberal, one socio-liberal and one Europhile Keynesian. Each reaches a unique crisis perception by combining problems detected, solutions proposed and values adhered to. In a second step, the article argues that each of these currents is structured by their proponents' positions in the academic field of German-speaking economists. This is shown using a second MCA to construct the field and to locate the six discursive currents in it. The dominance of ordo-liberalism and especially a European ordo-liberal position can be traced back to, first, its speakers' field-positions and, second, their chance of forging a discursive alliance with socio-liberal positions. Hence, the article argues that the omnipresent triad of austerity, competitiveness and European governance, that we so often encounter, is a socio-historically specific discourse and field effect.

Keywords

European Union, world economic crisis, economics, liberalism, academic field, Bourdieu, geometric data analysis, discourse analysis

1. Einleitung: Europa als Gegenstand und Einsatz volkswirtschaftlicher Deutungen

Volkswirtschaftliches Wissen und volkswirtschaftliche Beschreibungen von Wirtschaft und Gesellschaft sind zentraler Bestandteil des Ringens um deren Regierung. Die Erfassung und Vermessung dessen, was als Ökonomie gilt, ist ohne eine volkswirtschaftlich angeleitete Statistik nicht zu leisten (Desrosières, 2005). Ebenso ist die Frage, was, weshalb, wie und zu welchem Zweck zu regulieren und zu steuern ist – oder eben nicht – nur im Rückgriff auf ökonomische Expertise und Experten möglich. Die politische Praxis ist somit von ökonomischem Wissen, von dessen Interpretationsangeboten, Verantwortungszuschreibungen und Rationalitäten zu einem Grad durchdrungen, der eine genauere Analyse der Produktion dieses Wissens unabdingbar macht (Lebaron, 2017). Gerade für ein Verständnis aktueller Krisenwahrnehmungen und politischer Krisenreaktionen ist es daher notwendig, die Volkswirtschaftslehre aus wissenssoziologischer Perspektive in den Blick zu nehmen, um zu verstehen, welches Regierungswissen von wem wie produziert wird.

Die Beziehung zwischen ökonomischem Wissen und europäischer Politik beschränkt sich jedoch nicht auf die aktuelle Krise, im Gegenteil. Die europäische Integration ist von Anbeginn nicht nur ein Friedens-, sondern zugleich ein wirtschaftliches Projekt, in dessen Rahmen man sich Prosperität für die beteiligten Staaten erhofft. Angefangen mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und sodann mit dem Ringen um den Zuschnitt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zeigt sich schon bald, dass europäische Politiker*innen dabei keineswegs kühl kalkulierend auf solides wirtschaftswissenschaftliches Wissen zurückgreifen. Einerseits besteht auf Seiten der Ökonom*innen keine Einigkeit darüber, wie die EWG auszustalten ist. Andererseits engagieren sich die Wirtschaftswissenschaftler*innen selbst in den politischen Auseinandersetzungen und tragen ihre wissenschaftlichen Kämpfe auch auf dem Terrain der Politik aus. Die ersten Jahre der EWG sind geprägt vom Ringen zwischen deutschen Ordoliberalen und französischen Colbertisten (Thiemeyer, 1999), wobei in den einzelnen nationalen politischen und volkswirtschaftlichen Kontexten mindestens genauso engagiert und kontrovers diskutiert wird wie auf europäischer Ebene, wie bspw. die Auseinandersetzung zwischen Walter Hallstein und Ludwig Erhard zeigt (Geiger, 1998). Ebenso sind die seit den 1960er Jahren geführten Debatten um die Europäische Währungsunion (EWU) ohne Robert Mundells Modell einer „optimal currency area“ (1969) nicht denkbar, und auch die Debatten um den Vertrag von Maastricht waren von divergierenden ökonomischen Modellen geprägt (Thiemeyer, 2013). Beobachtet man die sich im Zuge der Krise nach 2008 entzündenden Diskussionen über die Notwendigkeit der Austeritätspolitik oder einer nachfrageorientierten Fiskalpolitik, fällt auf, dass auch diese Unterscheidung mit einer der klassischen Konfliktlinie im volkswirtschaftlichen Diskurs verknüpft ist. 2009 wird von politischer Seite für einen kurzen Moment keynesianisch auf eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben und gezielte Konsumstimuli gesetzt (Blyth, 2012), bevor die staatliche Sparpolitik und das Beharren auf ausgeglichene Haushalte zurückkehrt, diesmal im verführerischen Gewand der auf den liberalen italienischen Ökonomen Luigi Einaudi zurückgehenden Idee der „expansionary austerity“, die verspricht, dass Kürzungen öffentlicher Ausgaben sehr wohl die Wirtschaft stimulieren können (Helgadóttir, 2015).

Wie diese kurzen Schlaglichter zeigen, stützt sich schon die erste Generation der „Europäer“ nicht nur auf politische, diplomatische oder juristische, sondern auch auf volkswirtschaftliche Expertise oder ist zum Teil zur Gruppe der ökonomischen Experten zu zählen. Mit der Schaffung der EWU und der damit einhergehenden Ergänzung der europäischen Integration über das Recht und die Rechtsprechung (Münch, 2008) um die Integration über den Markt und die Vermarktlichung (Jabko, 2006) hat dann die Bedeutung wirtschaftlicher Ideen und Konzepte sowie ökonomischer Experten noch einmal zugenommen (Mudge & Vauchez, 2012; Braun, 2014). So wächst, seit 1997 aus dem Europäischen Währungsinstitut die Europäische Zentralbank (EZB) wurde, nicht nur deren politischer Einfluss und die Menge ihres Personals kontinuierlich, sondern auch ihr wirtschaftswissenschaftliches Gewicht. Die EZB ist ab Anbeginn in einer Situation, in der sie sich in ihrer Autorität nur schwer auf politische Machtquellen stützen kann, birgt dies doch die Gefahr, sich den politischen Interessen des einen oder anderen Mitgliedstaats auszuliefern. Hier stellt Wissenschaftlichkeit eine willkommene Autoritätsquelle dar (Marcussen, 2009). Heute ist die EZB nicht nur eine Zentralbank, sondern zugleich eines der größten und angesehensten volkswirtschaftlichen Forschungszentren Europas und steht als solches in direkter Konkurrenz mit dem Federal Reserve System (FED) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) (Mudge & Vauchez, 2016). Im Zuge dieses Ausbaus der eigenen Wissenschaftlichkeit entstehen auch die zentralen Beobachtungsinstrumente, die eine europäische Wirtschaft, die man steuern kann, erst sichtbar machen, wie bspw. das

Smets-Wouters-Modell, dass zum ersten Mal gesamteuropäische Diagnosen und Prognosen ermöglicht (Mudge & Vauchez, 2018). In der Krise erfolgt dann eine erneute Ausweitung der Aufgaben und ein Ausbau der ökonomischen Kapazitäten europäischer Institutionen, die der Regierung einer europäischen Wirtschaft und Gesellschaft dienen, staatsbürokratische Züge aufweisen und eng mit ökonomischem Wissen und der Profession und Disziplin der Volkswirtschaftslehre verbunden sind (Schmidt-Wellenburg, 2017).

Die hier nur kurz skizzierte Entwicklung legt es nahe, von einer in den letzten Jahrzehnten fortschreitenden Transnationalisierung nicht nur der politisch-bürokratischen, sondern zugleich der wissenschaftlich-volkswirtschaftlichen Institutionen zu sprechen. Es handelt sich dabei weniger um eine Internationalisierung der Volkswirtschaftslehre, die oftmals als eine US-Amerikanisierung gesehen wird, sondern vielmehr um das Entstehen einzelner transnationaler Feldzusammenhänge, die die wirtschaftliche, politische und ökonomische Praxis je nach ihrem Zusammenspiel mit anderen nationalstaatlich verankerten Feldern mehr oder weniger strukturieren, was nicht zwingend homogenisierende Konsequenzen haben muss, sondern auch zu Hybriden führen kann (Maeße, 2018). In der so entstandenen europäisierten Ökonomik spielt die deutsch-verankerte Volkswirtschaftslehre eine wissenschaftlich anerkannt und eng mit europäischen Institutionen verflochtene Rolle. Zugleich beraten deutsche Volkswirtschaftler*innen die Bundesregierung zu polit-ökonomischen Policies und engagieren sich im deutschen politischen Diskurs, der einen Einfluss auf die deutsche Regierungsposition in Europa hat. Gerade im Zuge der Krise stellen sie – neben der französischen Volkswirtschaftslehre – daher die zentralen Diagnosen und Prognosen und beeinflussen, wie politisch über die Krise gedacht wird, in Brüssel ebenso wie den europäischen Mitgliedsstaaten. Zugleich haben politische und ökonomische Ereignisse, gerade, wenn es sich um Weltwirtschafts-, Staatsschulden- und Europakrisen handelt (um nur drei prominente und umkämpfte Interpretationen zu nennen), großes diskursives Irritationspotential für die Volkswirtschaftslehre selbst. Die Disziplin ist historisch bedingt eng mit dem Nationalstaat und dessen Fähigkeit, Nationalökonomie und zunehmend auch Weltwirtschaft zu regulieren und zu lenken, verknüpft (Fourcade, 2009; Vogl, 2015). Deshalb fordern aktuelle Krisenentwicklungen Ökonomen*innen einerseits zur polit-ökonomischen Positionierung heraus und kratzen andererseits am disziplinären Selbstverständnis (Hirte & Pühringer, 2014).

Der Artikel zeigt auf und diskutiert, wie im Feld deutschsprachiger Volkswirtschaftler*innen um eine Interpretation der Krise und zugleich die Aufgabe und den Stellenwert der Volkswirtschaft gerungen wird. Hierbei wird davon ausgegangen, dass diskursive Äußerungen zur Krise durch die sozialen Positionen der sie Äußernden strukturiert werden (Lebaron, 2000, 2010). Da Sprecher*innen nie nur in einem Feld positioniert sind, müssen auch die untersuchten Äußerungen als multikontextuell verstanden werden, was die relative Autonomie von Diskurs und Feld bedingt. Das Feld der deutschen Volkswirtschaftler*innen ist sicher nicht der einzige Kontext, der auf Krisendiskurse Einfluss nimmt, aber ein entscheidender. Die hier von Ökonom*innen getätigten Äußerungen zur Krise, zu deren politischer Regierung und zu den gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen sind unmittelbarer Gegenstand der diskursiven Auseinandersetzungen und zeitigen mittelbaren Konsequenzen für die berufliche Verortung der Sprecher: d.h. ihr Engagement in der wissenschaftlichen Praxis ist eine zentrale Quelle ihrer diskursiven Autorität, die dann auch jenseits des wissenschaftlichen Feldes in politischen, ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Diskursen eingesetzt werden kann (Schmidt-Wellenburg, 2016).

2. Feldpositionen und diskursive Positionierungen

Die Volkswirtschaftslehre kann als wissenschaftliches Feld begriffen werden, das das praktische Verhalten von Volkswirtschaftler*innen strukturiert, die für die Kräfte des Feldes empfänglich sind, da sie einen jahrelangen Formierungsprozess durchlaufen und sich spezifisches praktisches Können und Spezialwissen angeeignet haben. Je nach akademischer Laufbahn und damit subjektiver Entwicklung nimmt jede und jeder von ihnen eine spezifische Feldposition ein und ist zugleich daran beteiligt, die objektive Struktur dieses Feldes zu schaffen und zu reproduzieren (Lenger, 2018; Maeße, 2015). Ökonomen*innen unterscheiden sich durch ihre Laufbahnen und ihren Habitus voneinander und zugleich gewinnen diese Unterschiede nur im Positionsgeflecht des Feldes Bedeutung und Wirkmächtigkeit. Nur hier können Agent*innen ihr praktisches Können einsetzen, um wissenschaftlich zu forschen, zu publizieren und zu lehren, nur hier erscheinen ihnen bestimmte Fragestellungen als interessant und für die Forschung lohnenswert – umgekehrt setzt ihr Habitus ihrem professionellen Engagement jedoch auch Grenzen, die nach außen als Feldgrenzen und nach innen als Spezialisierung der Disziplin wahrgenommen werden.

Alle Volkswirtschaftler*innen eint der Glaube an spezifische wissenschaftliche Praktiken, die sie legitimerweise ausüben und die sich von denen in anderen Disziplinen unterscheiden. Diese Doxa des Feldes ist eine im Zuge der akademischen und professionellen Sozialisation erworbene praktische Weltwahrnehmung, die mit einem Grundstock an ontologischen Annahmen und epistemologischen Grundsätzen einhergeht, der von allen – auch den Heterodoxen – geteilt wird und der die gravierenden Unterschiede zwischen Positionen im Feld vergessen lässt. Die Doxa schafft somit die Illusio eines autonomen und relativ einheitlichen, sich von anderen Bereichen sozialer Praxis unterscheidenden Feldes (Bourdieu, 1993, 123).

Das Engagement in der spezifischen volkswirtschaftlichen Praxis ist ein mehr oder weniger bewusster Einsatz für eine bestimmte Wahrnehmung der Volkswirtschaft, für ein bestimmtes der Wissenschaftler*in zur Verfügung stehendes Können, für eine bestimmte Gruppe von Volkswirtschaftler*innen und deren Weltsicht – und damit zugleich Teil der materiellen Auseinandersetzungen über die Verteilung bestimmter Eigenschaften. Es geht um akademisches Kapital, um objektivierte, anerkannte, historisch gewordene und sozialisierte Eigenschaften, die auf vorausgehender Praxis beruhen, ungleich verteilt und Gegenstand von Auseinandersetzungen sind, denen man aber ihre Geschichte und die in sie eingelagerten Beziehungen nicht ansieht, ja, die sogar dazu beitragen, ihre Eigenschaften als soziale Relationen zu kaschieren und zu verleugnen (Bourdieu, 2004, 25). Zugleich ist das praktische Engagement von Volkswirtschaftler*innen Teil eines Ringens um Definition und Bedeutung akademischen Kapitals. Bourdieu bezeichnet diese oftmals nicht offen, sondern verdeckt und unerkannt geführte Auseinandersetzung als symbolischen Kampf, der zu symbolischen Machtverhältnissen führt, d.h. zu einer Anerkennung der Unterschiede und Ungleichheiten als legitim und natürlich. Das Ergebnis ist, dass einigen Volkswirtschaftler*innen eher als anderen aufgrund ihrer Position zugestanden wird, an der Auslegung und Neuauslegung dessen, was Volkswirtschaftslehre ist, zu partizipieren und damit die Wertigkeit bestimmter Praxis- und letztlich Kapitalformen zu beeinflussen (Schmidt-Wellenburg, 2013, 337ff.).

Aus dieser feldtheoretischen Sicht produziert Wissenschaft symbolische Güter (Bourdieu, 1985). Es geht um die Verbreitung von Kognitionen, deren Veränderung und Durchsetzung, deren gesellschaftsweite Anerkennung (Angermüller, 2013). Wissenschaft ist damit

per se „diskursiv“ und Teil der symbolischen Kämpfe. Zugleich ist sie jedoch auch materiell, da die mit wissenschaftlichen Praktiken getätigten Aussagen einerseits materielle Konsequenzen für die Wissenschaftler*innen und ihre Positionen im Feld der Volkswirtschaftler*innen haben und andererseits gesellschaftsweit materielle Auseinandersetzungen und Positionen beeinflussen. Volkswirtschaftslehre ist damit als diskursive wissenschaftliche Praxis ein Ringen um Kognition, um die eigene wissenschaftliche und gesellschaftliche Position und die anderer.

Die in diskursiven Auseinandersetzungen getroffenen volkswirtschaftliche Aussagen über wirtschaftliche Phänomene und ihre Beziehung zu anderen sozialen Phänomenen folgen einer für unsere Gesellschaften gängigen epistemischen Struktur: Sie benennen bestimmte Probleme, schlagen Lösungen vor und begründen die getroffene Auswahl unter Hinzuziehen von Werten (Mannheim, 1985, 232ff.). Sie konstruieren dadurch nicht nur Beschreibungen der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Politik, sondern zugleich Verantwortungen, Handlungszurechnungen und ein je spezifisches Universum vernünftigen polit-ökonomischen Denkens und Handelns (Foucault, 1981, 272). Erfasst man die in Äußerungen genannten Probleme, Lösungen und Werte, lässt sich ein diskursiver Raum volkswirtschaftlicher Positionierungen (re)konstruieren, der sich in Beziehung zum akademischen Feld volkswirtschaftlicher Positionen setzen lässt. Im Anschluss kann der Frage nachgegangen werden, inwiefern zwischen diesen beiden Räumen Homologien bestehen und Einflüsse möglich sind oder ein Verhältnis relativer Autonomie herrscht. Dabei ist zu beachten, dass das Verhältnis zwischen volkswirtschaftlichen Diskursen und dem Feld der Volkswirtschaftler*innen mittelbarer oder unmittelbarer sein kann, da Agent*innen einerseits niemals nur im Kontext eines Feldes engagiert sind, vielmehr sich in der sozialen Praxis engagieren, die von unterschiedlichen Feldern strukturiert wird, und andererseits der Grad der multiplen Positionierung je nach Feldregion variiert, d.h. es autonomere und heteronomere Feldregionen gibt (Schmidt-Wellenburg & Lebaron, 2018).

3. Datengenerierung und -auswertung

Um das Spektrum der akademisch-volkswirtschaftlichen Produktion von Krisenperzeptionen im deutschen Kontext zu erfassen, wurden zwei öffentliche Briefe zum Ausgangspunkt genommen, die sich gegen und für eine Europäische Bankenunion aussprechen und unmittelbar nach der Entscheidung des Europäischen Rates im Juni 2012, einen Single European Supervisory Mechanism (ESM) zu schaffen (Euro Area Summit Statement am 29.06.2012), veröffentlicht wurden. 274 „Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler deutscher Sprache“ unterschrieben einen ersten Brief, in dem sie „die Entscheidungen, zu denen sich die Kanzlerin auf dem Gipfeltreffen der EU-Länder gezwungen sah“, als falsch bezeichnen und bekunden, dass sie „den Schritt in die Bankenunion, die eine kollektive Haftung für die Schulden der Banken des Eurosystems bedeutet, mit großer Sorge“ (Krämer, 2012) sehen. Nur kurze Zeit danach wird ein Gegenaufruf veröffentlicht, der von 221 „deutschsprachige(n) Ökonomen“ unterschrieben wird und herausstellt, dass ein „gemeinsamer Währungsraum mit freien Kapitalströmen (...) ohne eine Europäische Bankenunion nicht sinnvoll funktionieren“ kann und die „Beschlüsse auf dem letzten EU Gipfeltreffen (...) deshalb in die richtige Richtung“ gehen (Heinemann, 2012). Es kann davon ausgegangen werden, dass die 480 Unterzeichner*innen – 15 unterschrieben beide Aufrufe – zu jenen deutschsprachigen Volkswirt*innen zählen, die ein genuines Interesse daran haben, sich unter Aufbieten ihrer akademischen Autorität zur Eurokrise und deren Lösung zu äußern. Nahezu alle Unterzeichner*innen sind als akademische Wirtschaftswissenschaftler*innen tätig, davon 435 als Professor*innen, wobei 243 aktuell einen Lehrstuhl an einer deutschen Universität innehaben. Geht man von momentan 569 deutschen VWL-Lehrstuhlinhaber*innen aus

(Beyer, Grimm, Kapeller, & Pühringer, 2017, 4), haben 43 % einen der Briefe unterschrieben.

Da eine Unterschrift unter einem offenen Brief keine exakte Bestimmung der diskursiven Positionierung in den Auseinandersetzungen zur europäischen Krise erlaubt, wurde für alle 480 Unterzeichner*innen nach Äußerungen gesucht, die eine inhaltliche Verortung innerhalb des Diskurses erlauben. Für 373 Volkswirtschaftler*innen konnten Äußerungen zur Krise in wissenschaftlichen Fachartikeln, Fachpublikationen, Pressepublikationen, Aufrufen sowie wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Vorträgen für den Zeitraum 2009–2015 recherchiert werden. Diese Äußerungen und die äußernden Volkswirtschaftler*innen werden im Weiteren analysiert: 340 sind Professor*innen, 192 Lehrstuhlinhaber*innen an einer deutschen, 55 an einer nicht-deutschen Universität, 28 an einer deutschen Fachhochschule und 65 sind emeritiert. Der Vorteil dieses Vorgehens ist darin zu sehen, dass ein sehr breites Spektrum der diskursiven Äußerungen erfasst wurde. Neben den „üblichen Verdächtigen“, jenen im massenmedialen Diskurs omnipräsenten Popstars der Volkswirtschaftslehre, kommen auch die Hinterbänkler*innen zu Wort. Zusätzlich wurden Merkmale zur näheren Bestimmung der Feldposition aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Lebensläufen, offiziellen Homepages, Mitgliedschaftslisten von Institutionen und Datenbanken (bspw. Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender, GEPRIS, RePEc) für den Zeitraum bis Ende 2013 gesammelt. Die über die beiden Briefe ermöglichte Selbstselektion von Volkswirtschaftler*innen in Kombination mit einer Suche prägnanter Äußerungen führt zur Zusammenstellung eines robusten Korpus, mit dem die zentralen Strukturen der diskursiven Auseinandersetzungen und die basalen Strukturen des Feldes deutscher Volkswirtschaftler*innen rekonstruiert werden können.

Sowohl Informationen zum wissenschaftlichen Werdegang als auch zur diskursiven Positionierung wurden in einem ersten Schritt im Sinne der Methodologie der Grounded Theory (Corbin & Strauss, 2008) mit dem Ziel analysiert, durch offenes Kodieren, Kontrastieren von Kodes und Rekodieren zu validen Kategorien zu gelangen, um so die zentralen materiellen und symbolischen Strategien zu rekonstruieren. Grounded Theory und Feldanalyse teilen dieselbe basale methodologische Grundhaltung: Erkenntnis ist nur möglich durch den Bruch mit Vorwissen, die Rekonstruktion von Kategorien durch die Kontrastierung minimal und maximal unterschiedlichen Materials, die Rekonstruktion von Regelmäßigkeiten als beobachtetem Sinn und dem Versuch, diese zu verfeinern und ihre Reichweite zu bestimmen, indem immer wieder anderes Material kontrastierend hinzugezogen wird, um letztlich das theoretische Modell und das empirische Material in einem Fitting-Prozess aufeinander abzustimmen (Bourdieu, 1996; Diaz-Bone, 2007). Auch die quantitative Methode der multiplen Korrespondenzanalyse (MCA) ist dieser Methodologie verpflichtet und zielt auf die iterative Rekonstruktion der zentralen Strukturen aus dem Untersuchungsmaterial (Bourdieu, 1991; Le Roux & Rouanet, 2010).

In einem zweiten Schritt wurden 117 binäre Variablen aus dem Material extrahiert, die die drei zentralen Aspekte abdecken, die sich in jeder soziale Phänomene konstituierenden diskursiven Praxis finden (Keller, 2004). Erstens sind dies 42 *Problemstellungen*, die oftmals schon Verantwortungszuschreibungen implizieren. Zweitens wurden 45 von der jeweiligen Person selbst favorisierte *Lösungen* und 8 anderen zugeschriebene Lösungen verwendet, die Handlungsaufforderungen und -anweisungen und damit subjektive und kausale Zuschreibungen beinhalten. Drittens wurden 22 *Werte* erfasst, auf die in den Problematisierungen Bezug genommen wurde, um Probleme und Lösungen zu beurteilen (Boltanski & Thévenot, 2011).

Diese binären Variablen wurden sodann dazu verwendet, mithilfe einer MCA einen multidimensionalen Raum aufzuspannen, in dem häufig miteinander auftretende Eigenschaften nahe beieinander und selten miteinander auftretende weit voneinander entfernt liegen (Le Roux & Rouanet, 2010). Die erste Dimension dieses Raums veranschaulicht sodann die größten Unterschiede zwischen Aussagen, die sich in den Texten der Volkswirtschaftler*innen finden, die zweite Dimension die zweitgrößten Unterschiede, bis zur n-ten Dimension, in der die gesamte Varianz der Daten aufgeklärt ist. Eine Interpretation der Dimensionen erlaubt einerseits, die zentralen Tiefenstrukturen dieses diskursiven Raums zu bestimmen, und ermöglicht andererseits, unterschiedliche Krisenperzeptionen – bestehend aus häufig zusammen genannten Problemen, Lösungen und Werten – ins Verhältnis zueinander zu setzen. Ergebnis der MCA sind immer zwei Räume: der Raum der Eigenschaften (hier von Ökonom*innen verwendete diskursive Eigenschaften) und der Raum der statistischen Individuen (hier die sich äußernden Ökonom*innen). Beiden liegt die gleiche Struktur zugrunde, da die Ökonom*innen entsprechend der von ihnen genannten Probleme, Lösungen und Werte zueinander positioniert werden. Mithilfe eines Hierarchical Agglomerative Clusterings (HAC) (Le Roux & Rouanet, 2004, 106) wurden schließlich Gruppen von Volkswirtschaftler*innen identifiziert, die in ihren Äußerungen ähnliche Aussagen tätigen, und mittels ihrer Lage im Raum beschrieben: diskursive Strömungen.

In einem dritten Schritt wurde mittels einer weiteren MCA das disziplinäre Feld der Volkswirtschaftler*innen unabhängig vom diskursiven Raum rekonstruiert. Hierzu wurden 20 aktive Variablen mit 78 aktiven Kategorien verwendet, die vier unterschiedliche Bereiche der wissenschaftlichen Praxis näher beleuchten und es erlauben, den akademischen Werdegang der Volkswirtschaftler*innen zu beschreiben (für eine detaillierte Darstellung siehe Schmidt-Wellenburg 2018b): erstens akademische Verdienste (Land der Promotion, Habilitation, Anzahl wissenschaftlicher Preise, momentane Position), zweitens wissenschaftliche Praktiken (zentrale Publikationsform, disziplinäres Teilgebiet, durchschnittlicher Journalwert nach Handelsblatt-Ranking), drittens akademische Mitgliedschaften (deutsche und nicht-deutsche Forschungsinstitute, derzeitige Universität, wissenschaftliche Vereinigungen), viertens Drittmittel oder Einkommen aus Beratungs- und anderer Tätigkeit in Politik und Wirtschaft (Art der Drittmittel, Mitglied des Sachverständigenrats, Art der politischen Institution, Branche des Unternehmens).

Zusätzlich zu den aktiven Variablen wurden vier passive Variablen verwendet, die keinen Einfluss auf den Aufbau des Raums nehmen, die jedoch entsprechend ihres gemeinsamen Auftretens mit aktiven Kategorien im Raum verortet werden können. Erstens wurde das wissenschaftliche Alter mit Hilfe des Promotionsjahrgangs in sechs Klassen erhoben. Zweitens wurde die Anzahl der Beratungs- und Gutachtertätigkeiten sowie anderer Engagements in staatlichen Institutionen erfasst. Drittens die Unterzeichnung eines der beiden 2009 erschienenen öffentlichen Briefe zur Situation der Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten: „Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten“, ein Aufruf, der für den Erhalt der Subdisziplin der Wirtschaftspolitik und damit einer der deutschen Disziplingeschichte verbundenen Differenzierung der Volkswirtschaftslehre eintritt und von 32 der untersuchten Volkswirtschaftler*innen unterzeichnet wurde; „Baut die deutsche Volkswirtschaft nach internationalen Standards um“, eine Erwiderung, die für eine Neuausrichtung des Faches wirbt, um einen drohenden Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaftslehre im internationalen Vergleich abzuwenden, und von 57 untersuchten Volkswirtschaftler*innen unterzeichnet wurde. Zudem lässt sich als vierte passive Variable die Zugehörigkeit zu einer der mithilfe des Clusterings im diskursiven Raum konstruierten diskursiven Strömungen im hier rekonstruierten Feld deutscher

Ökonom*innen verorten. So kann der Frage nachgegangen werden, ob diese diskursiven Strömungen mit bestimmten Regionen im Feld der deutschsprachigen Volkswirtschaftler*innen korrespondieren, d.h. ob von Volkswirt*innen vertretene Krisenperzeptionen in Bezug zu ihrer akademisch-wissenschaftlichen Position stehen.

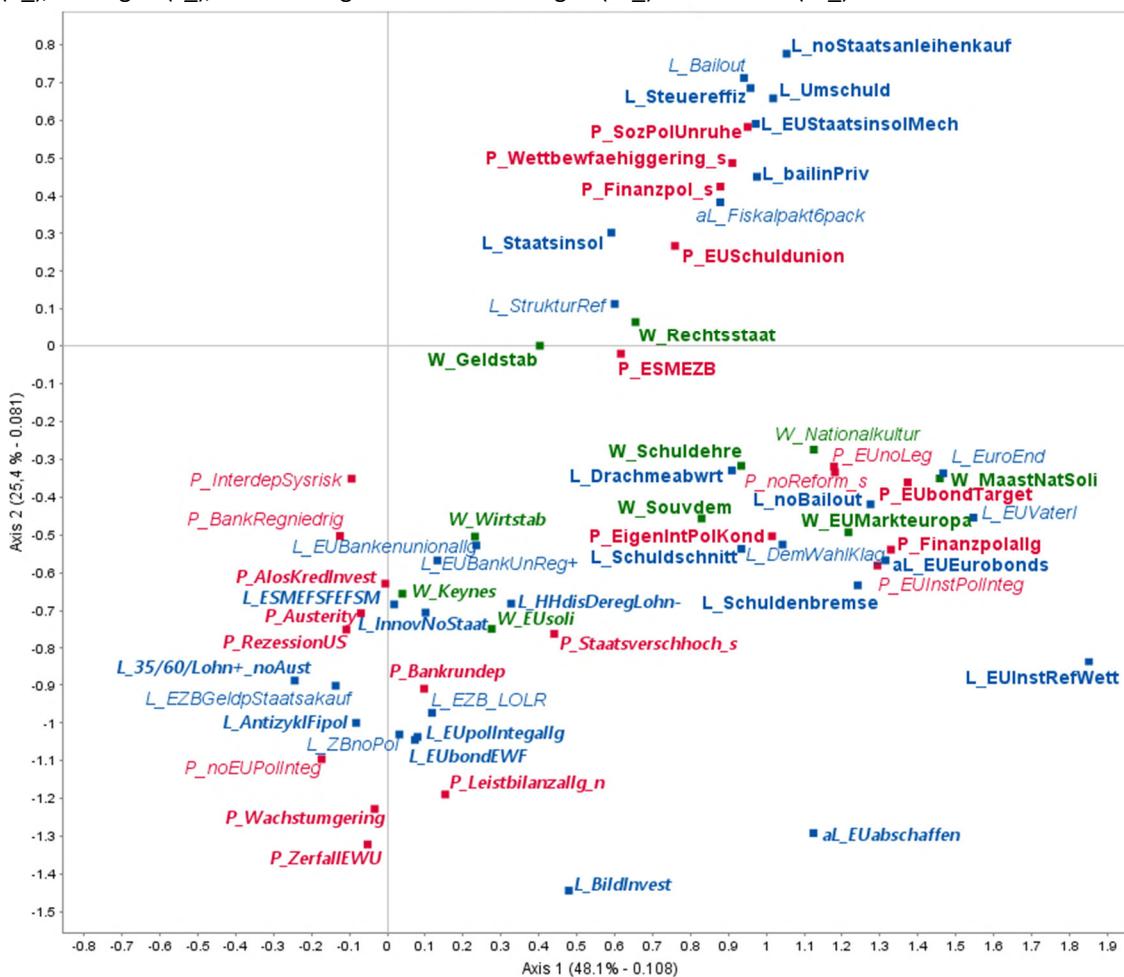
4. Welche Krise? Krisenperzeptionen deutschsprachiger Volkswirtschaftler*innen

Krisen sind soziale Phänomene und Produkt einer jeweils spezifischen diskursiven Praxis. Der hier konstruierte diskursive Raum der Krisenperzeption erlaubt es, die Struktur der diskursiven Praxis offen zu legen, da er die zentralen Unterschiede zwischen verschiedenen Wahrnehmungen der europäischen Krise zeigt und ins Verhältnis setzt. Der diskursive Raum ist eine multidimensionale Kategorienwolke, für deren Analyse im Folgenden die ersten drei Achsen herangezogen werden, die 87,8% der Varianz der Daten (korrigiert nach Benzécri, 1992) erfassen und zugleich die drei zentralen Unterschiede zwischen den Kategorien erkennen lassen. Zur soziologischen Interpretation der Achsen werden Kategorien jener Variablen herangezogen, die die Ausrichtung der jeweiligen Achsen mit 1,2% bis 4,2% am meisten beeinflussen und weit über dem Durchschnittswert von 0,85% je Variable liegen. Da es sich bei allen Variablen um Dummy-Variablen handelt, deren Ausprägungen darüber informieren, ob die Äußerungen einer/s Volkswirtschaftler*in das Merkmal enthalten oder nicht, werden auf den Achsen jene Merkmale, die die prägnanteste Strömung im Diskurs ausmachen (rechts oder unten), von jenen Merkmalen getrennt, die die undifferenzierte Mehrheit des Diskurses beschreiben (links und nahe des Zentroiden). Da letztere auf den Achsen nicht hoch laden und zudem zum Großteil aus Nicht-Nennungen von Merkmalen (0 der Dummy-Variablen) bestehen, sind sie in den folgenden Grafiken nicht aufgeführt.

4.1 Die Struktur des diskursiven Raums der Krisenperzeption

Die erste Achse zeigt 48,1 % der Varianz der Daten und wird maßgeblich von 26 Variablen beeinflusst, die zu 64,7% für ihre Lage im Raum verantwortlich sind und auf ihr am höchsten laden (Grafik 1). Es handelt sich dabei um diskursive Eigenschaften, die dazu verwendet werden, die Krise als Staatsschuldenkrise zu konstituieren, was die tonangebende Interpretation in diesem diskursiven Raum ist. Betrachtet man die *Probleme*, die die erste Achse ausrichten, ist zu erkennen, dass es sich vor allem um Beschreibungen handelt, die eine Krise des Staates und der Staatsfinanzen sehen. Bewegt man sich vom Zentroiden nach rechts, wird zuerst der ESM als Kompetenzüberschreitung der EZB genannt, sodann oberhalb im ersten Quadranten (oben rechts) die Gefahr einer europäischen Schuldenunion, die Finanzpolitik der südeuropäischen Staaten, deren geringe Wettbewerbsfähigkeit als Nationalökonomien sowie drohende politische und soziale Unruhen. Auch auf Höhe des Werts 1,0 der ersten Achse nun aber im vierten Quadranten (unten rechts) gelegen, taucht das persönliche Machtstreben und die Eigeninteressiertheit von Politikern auf und das damit verknüpfte Problem, dass politische Entscheidungen nicht durchgehalten und einmal gesetzte Regeln (Konditionalitäten) verletzt werden (P_EigenIntPolKond). Weiter rechts folgen allgemeinere Problemstellungen wie die Gefährdung durch zu laxen Finanzpolitik, mögliche gemeinsame europäische Anleihen (EU-Bonds) und die Target2-Salden, die alle letztlich als Gefahren für das Sparvermögen der Bürger der Nordstaaten gesehen werden. Die genannten Probleme zeigen, dass die erste Achse zwischen Aussagen zur konkreten Verschuldung von südeuropäischen Mitgliedsstaaten und einer allgemeinen Gefährdung durch Staatsverschuldung differenziert.

Grafik 1: Achsen 1 und 2 der MCA des diskursiven Raums mit den 26 am höchsten auf Achse 1 (fett), den 20 am höchsten auf Achse 2 (fett-kursiv) und den 18 am höchsten auf Achse 3 (kursiv) ladenden Problemen (P_), Lösungen (L_), anderen zugeschriebene Lösungen (aL_) und Werten (W_)



Die im vierten Quadranten genannten Probleme werden vor einem ganz bestimmten Wertehorizont als virulent empfunden, der sich von einer Betonung der Geldstabilität (nahe am Zentoiden) über nationale Rechtsstaatlichkeit und nationale Souveränität (W_Souvdem) bis hin zur moralischen Verpflichtung, Schulden zurückzuzahlen, was einem Appell an die nationale Ehre gleicht, aufspannt. Seine Zuspitzung erfährt dieses den Nationalstaat als die zentrale solidaritätsstiftende Gemeinschaft betonende Denken im Verweis auf den Vertrag von Maastricht und die in diesem niedergelegte Nicht-Beistandsklausel. In den Aussagen, die die erste Achse bestimmen, erscheint Europa als Werthorizont nur in der Form eines Markteuropas des wirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen Nationalstaaten.

Lösungen reagieren sodann auf diese Problemstellungen. Den südeuropäischen Staaten wird im ersten Quadranten nahegelegt, die Steuereffizienz zu erhöhen und umzuschulden. Gelingt dies nicht mehr, bleibt die Option der Staatsinsolvenz, wobei es wünschenswert wäre, hier einen geordneten europäischen Staatsinsolvenzmechanismus zu schaffen. Nicht der Bail-out durch die öffentliche Hand, sondern vor allem der Bail-in privater Gläubiger wird als Lösung gesehen. Entsprechend wird der direkte Ankauf von Staatsanleihen durch Zentralbanken abgelehnt. Auf der ersten Achse fast auf gleicher Höhe, aber im vierten Quadranten, finden sich jene Lösungen, die einen Schuldenschnitt der südeuropäischen Staaten und deren Ausstieg aus dem Euro befürworten. Das würde es ihnen erlauben, die eigene Währung gegenüber dem Euro abzuwerten (L-Drachmeabwrt), ihre Arbeitskosten im Vergleich zu senken und so ihre Wettbewerbs-

fähigkeit zu erhöhen. Dies geht mit einem Schuldenschnitt, dem Verzicht auf einen Bail-out der südeuropäischen Staaten und der Einführung konstitutioneller Schuldenbremsen einher, ist gegen jene gerichtet, die Eurobonds als Lösung sehen (aL_EUEurobonds) und würde (rechts außen) mehr Wettbewerb und eine Reform europäischer Institutionen notwendig machen.

Die erste Dimension zeichnet somit jene Probleme, Lösungen und Werte aus, die benötigt werden, um die europäische Krise als *Staatsschuldenkrise* wahrzunehmen. Der Fokus liegt hierbei auf in einem Konkurrenzverhältnis stehenden Nationalstaaten, die als zentrale politische wie wirtschaftliche Einheiten gesehen werden, und der sie koordinierenden (oder gar gegen ihr ontologisches Prinzip verstößenden) europäischen Institutionen. Ziel einer solchen Krisenwahrnehmung ist es, den Nationalstaat wieder in sein Recht zu setzen, sodass er erneut zur zentralen Regierungsinstanz wird, die klare Trennung zwischen Nationalstaaten ebenso wie zwischen politischer und ökonomischer Sphäre aufrechterhalten und kontrollieren kann und wieder die Möglichkeit erhält, jene ihrem Schicksal zu überlassen, die mit ihrem individuellen Fehlverhalten gegen diese natürliche Ordnung verstößen haben. Diese Aspekte der beschriebenen Krisenperzeption, die sich auch in anderen Krisenperzeptionen finden, liegen nahe am Zentroiden, wohingegen sich extremere nationalistische Aussagekonstellationen rechts hiervon befinden.

Die zweite vertikale Achse, mit deren Hilfe weitere 25,5% der Varianz der Daten dargestellt werden, visualisiert die zweite die Krisenperzeptionen strukturierende Differenz. Diese zweite Tiefenstruktur wird im Folgenden mit 20 Variablen herausgearbeitet, die auf der zweiten Achse am stärksten laden, deren Werte höher als auf der ersten und dritten Achse sind und die zusammen 40,7% der Ausrichtung der Achse erklären und vor allem dazu verwendet werden, die Krise als Wirtschafts- und Verteilungskrise zu diskutieren. Im dritten Quadranten (unten links) finden sich politisch linke und keynesianische *Problemstellungen*: die US-amerikanische Wirtschaft wird als Krisenauslöser gesehen, negative Auswirkungen der Austeritätspolitik auf wirtschaftliche Prosperität werden beklagt sowie hohe Arbeitslosigkeit, fehlende Investitionen und Kredite. Weiter unten wird Wirtschaftswachstum als Problem begriffen und Verteilungsfragen werden durch die Nennung von ungleichen Leistungsbilanzen innerhalb Europas und einem Exportüberschuss der Nordstaaten thematisiert. Auch ein möglicher Zerfall der EWU wird hier gerade nicht als Lösung, sondern als zentrales Problem gesehen, da dann wirtschaftliche Instabilität droht. Verteilungsfragen liegen auch der Angst vor einem Schaltersturm bei Banken und vor einer wirtschaftlichen Depression zugrunde. Etwas aus dem Rahmen fällt die Nennung der Staatsverschuldung der südeuropäischen Staaten als hoch, wobei zu erkennen ist, dass sie aufgrund ihres Staatsschuldenbezugs nach rechts verschoben im vierten Quadranten liegt – ein Merkmal, das anzeigt, dass auch die rechts außen produzierten Aussagen Verteilungsfragen thematisieren.

Entsprechend der Problemstellungen ist wirtschaftliche Stabilität der zentrale *Wert*, der herangezogen wird, um die Krise zu beurteilen. Eng mit diesem Fokus verbunden sind Verweise auf Keynes und seine Konzepte, die immer wieder als normativer Maßstab herangezogen werden, um Sachverhalte zu klassifizieren. Außerdem findet sich hier europäische Solidarität als zentraler Wert, verstanden als das Eintreten im Rahmen einer europäischen Gemeinschaft für andere europäische Nationalstaaten und Bürger gleichermaßen. Der letztgenannte Wert liegt auf der zweiten Dimension fast auf gleicher Höhe mit der zuvor genannten nationalen Solidarität, die die Nation als zentrale Gemeinschaft setzt und immer wieder mit Bezug auf den Vertrag von Maastricht genannt wird, aber auf der

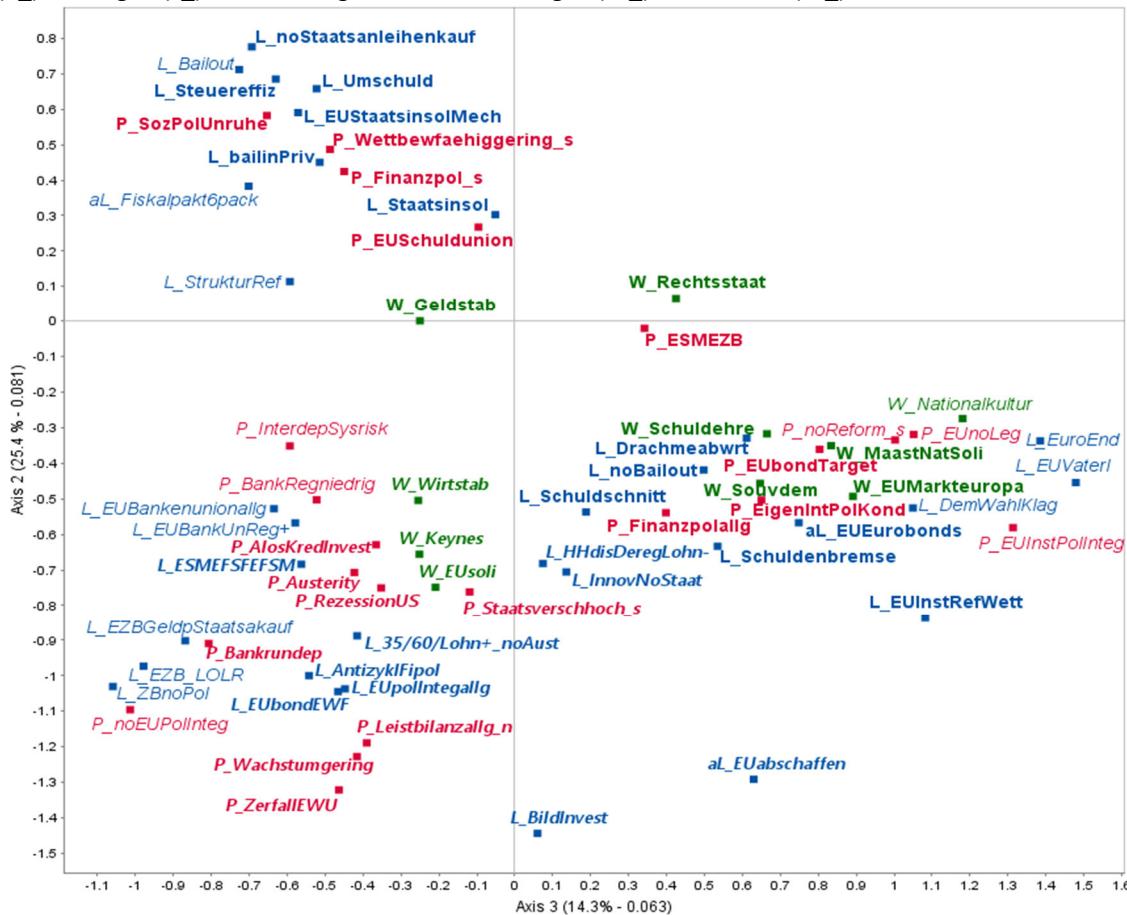
zweiten Dimension kaum lädt und in der ersten Dimension weit rechts liegt: Beide werden auch im Kontext von Verteilungsproblemen mobilisiert, Maastricht aber immer dann, wenn das Problem zugleich als ein Staatsschuldenproblem eines einzelnen Nationalstaats begriffen wird und nicht als das der europäischen Gemeinschaft. Die Lage des Problems der Staatsverschuldung der südeuropäischen Staaten zwischen diesen beiden Werten – wenn auch näher zur europäischen Solidarität – bestätigt dies, lässt sich das Problem doch vor dem Horizont beider Solidaritätsverständnisse thematisieren.

Ganz ähnlich zwischen den Werten nationaler und europäischer Solidarität gelagert finden sich *Lösungen*, die auf Haushaltsdisziplin, Deregulierung und Lohnsenkungen setzen, um wirtschaftliches Wachstum wieder anzukurbeln. Weiter nach unten versetzt und eng mit Verteilungsfragen verknüpft sind antizyklische Fiskalpolitik und erhöhte Investitionen, die Einführung der 35-Stunden-Woche, die Senkung des Rentenalters und ein Ende der Austeritätspolitik sowie die Einführung von europäischen Staatsanleihen und eines europäischen Währungsfonds zu finden. Bildungsinvestitionen als Krisenlösung hingegen stehen wieder weiter rechts, ähnlich wie die den „Anderen“ zugeschriebene Lösung, die EU gleich ganz abzuschaffen. Diese Zuschreibung lässt sich entweder in einen nationalen Staatsschuldendiskurs einbinden, wobei dann ausgeflaggt wird, dass man selbst nie so weit gehen würde, oder in einen europäischen Wirtschaftsstabilitätsdiskurs, in dem man diese Position den Nationalisten unterschiebt.

Die zweite Dimension versammelt jene Probleme, Lösungen und Werte, die bei einer Wahrnehmung der Krise als *Wirtschafts- und Verteilungskrise* zum Einsatz kommen. Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene steht die Rückkehr zu wirtschaftlicher Stabilität und Prosperität im Zentrum, was zugleich die Frage aufwirft, wer hierfür Opfer zu bringen hat und wer davon profitieren soll: Es geht um die Umverteilung des Ertrags wirtschaftlichen Erfolgs – oder Misserfolgs. An der Frage, wer auf welche Weise eingreifen sollte, scheiden sich dann die Geister. Einerseits liegt das Prinzip wieder bei den Nationalstaaten und südeuropäischen Staaten wird Austeritätspolitik verordnet, andererseits wird auf antizyklische Fiskalpolitik und staatliche Investitionen gesetzt und es werden europäische Lösungen sowie eine weitere Integration Europas gefordert.

Die dritte Achse zeigt 14,3 % der Varianz der Daten und trennt *europäische von nationalstaatsorientierten Krisenwahrnehmungen* (Grafik 2). Zu Ihrer Interpretation werden jene 18 Variablen herangezogen, die auf ihr am höchsten und auf den anderen beiden Achsen wenig bis sehr wenig laden und zusammengenommen 43,7 % der Lage der Achse im Raum erklären. Da dreidimensionale Darstellungen die Repräsentation der Punkte im Raum verzerren, wird hier die zweite über die dritte Achse gelegt. In dieser Darstellung befinden sich nun jene Probleme, Lösungen und Werte, die zur Produktion von Aussagen zur Staatsschuldenkrise verwendet werden und keine Bezüge zu wirtschaftlicher Stabilität und Umverteilung herstellen (oberer Bereich der zweiten Achse), auf der linken Seite der dritten Dimension. Die dritte und daher nachgeordnete Tiefenstruktur unterscheidet so zwei Varianten der Perzeption der Krise als Staatsschuldenkrise: eine nationalistische und eine europäische, weshalb sich im zweiten Quadranten (oben links) der Themenkreis der südeuropäischen Staatsschuldenkrise wiederfindet, jetzt um die Lösungen des Bail-out, der Strukturreform und einer ablehnenden Haltung gegenüber Fiskal- und Sixpack ergänzt. Die meisten Probleme, Lösungen und Werte jedoch, die diese Unterscheidung näher beschreibbar machen, befinden sich im unteren Bereich der zweiten Achse, sodass hier links eine europäische Perspektive auf die Wirtschafts- und Verteilungskrise von einer nationalistischen Perspektive rechts getrennt wird.

Grafik 2: Achsen 2 und 3 der MCA des diskursiven Raums mit den 26 am höchsten auf Achse 1 (fett), den 20 am höchsten auf Achse 2 (fett-kursiv) und den 18 am höchsten auf Achse 3 (kursiv) ladenden Problemen (P_), Lösungen (L_), anderen zugeschriebene Lösungen (aL_) und Werten (W_)



Auf der linken Seite der dritten Achse werden vor allem Probleme benannt, bei denen Banken im Zentrum stehen: zu geringe Bankenregulierung, systemische Risiken im Finanzmarkt und die Interdependenz von Banken und Staaten durch Staatsanleihen. Damit verknüpft ist das Problem der Diskrepanz zwischen starker wirtschaftlicher und zu geringer politischer Integration Europas. Alle hier angesiedelten Lösungen zielen daher auf den Ausbau europäischer Institutionen, sei es in Form einer europäischen Bankenunion, europäischer Finanzmarktregulierung, europäischer Finanzstabilisierungsmechanismen, oder einer starken Europäischen Zentralbank, die zu „outright monetary transactions“ (OMTs) greift und ihre Autorität als „lender of last resort“ ebenso festigt wie ihre politische Unabhängigkeit.

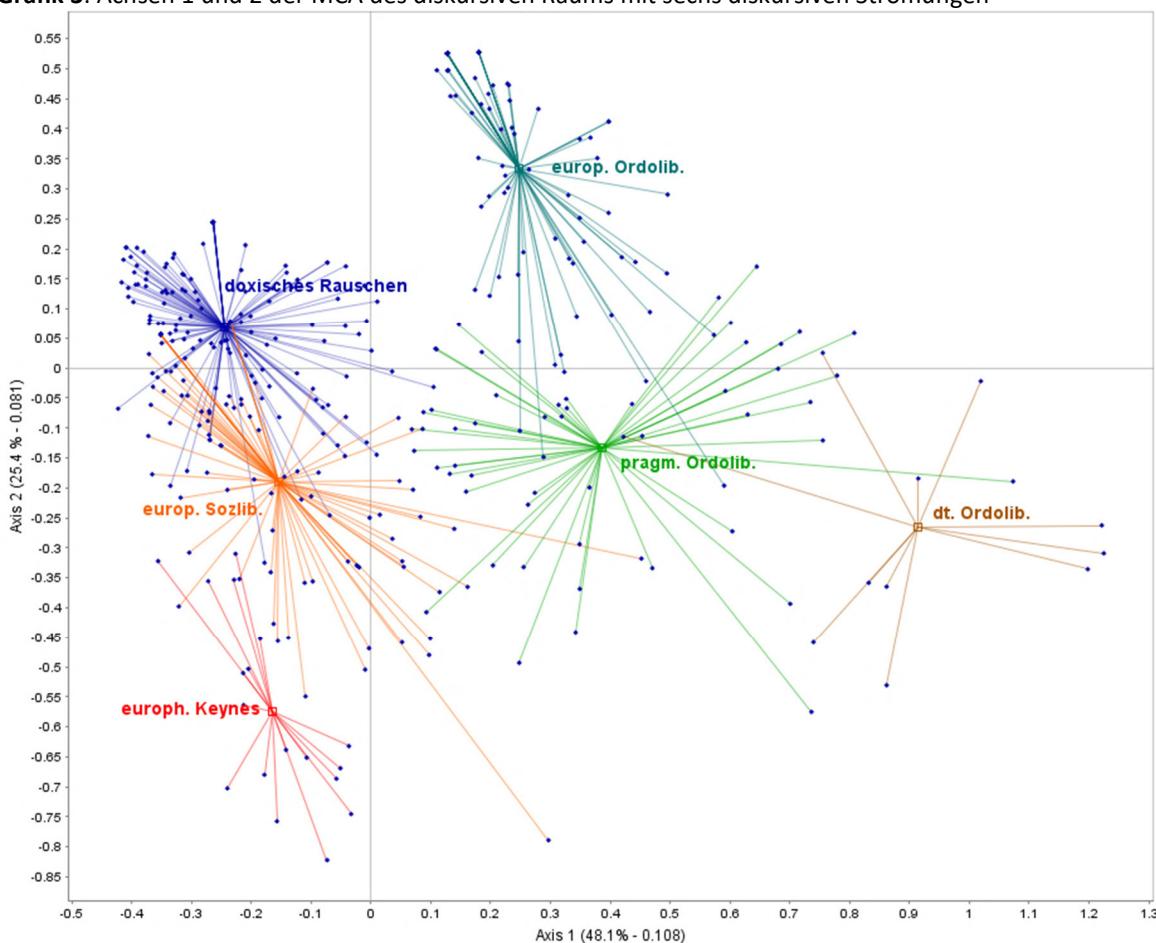
Rechts bestimmen Problemdiagnosen wie die Reformunwilligkeit oder -unfähigkeit der südeuropäischen Länder sowie die Einschätzung, dass die derzeitige, durch bestehende europäische Institutionen beförderte europäische Integration zu weit geht und eine Ursache der Krise ist, das Bild. Europäischen Institutionen wird das Fehlen politischer Legitimität attestiert. Der (deutsche) Austritt aus und das Ende der EWU sind bevorzugte Lösungen, ebenso ein Rückbau Europas hin zu einer Union der „Vaterländer“. Demokratische Instrumente wie Wahlen und Volksentscheide, aber auch das Mittel der Klage, um einen solchen Umschwung herbei zu führen, werden betont. Als vernünftig erscheinen diese Probleme und Lösungen vor dem Hintergrund der schon genannten Kernwerte des Nationalstaats, wobei sich nun zunehmend auch auf spezifische Nationalkulturen als Werthorizont berufen wird. Die Krise wird hier als Krise des Nationalstaats und auch des Rechtsstaats gesehen, die es im nationalen Rahmen zu beheben gilt, und sei es durch

einen Beschnitt des supranationalen Wildwuchses. Das Ziel sind klare Verhältnisse, ein wieder in sein Recht gesetzter Nationalstaat als politische und wirtschaftliche Einheit sowie als Bezugspunkt für Staatsgewalt, Staatsschulden und Verteilungsfragen.

4.2 Sechs diskursive Strömungen

Im hier aufgespannten dreidimensionalen Raum können nun auch die Volkswirtschaftler*innen entsprechend der von ihnen für die Produktion von Aussagen verwendeten Probleme, Lösungen und Werte verortet werden. Die hier verwendete Anzahl von sechs Clustern ergibt sich aus einer soziologischen und statistischen Interpretation der geometrischen Lösung des HAC, die die Dichte innerhalb der Gruppe und den Abstand zu anderen Gruppen maximiert. Das Sternendiagramm verbindet alle einem Cluster zugehörigen Individuen im Raum der Individuen mit dem Schwerpunkt der Clusterpunktewolke. Die einzelnen Cluster werden nicht nur über ihre Lage im Raum, sondern auch im Rückgriff auf die von ihren Mitgliedern am häufigsten verwendeten oder von anderen Clustern abweichenden Diskuselemente interpretiert.

Grafik 3: Achsen 1 und 2 der MCA des diskursiven Raums mit sechs diskursiven Strömungen



Die Positionierung des Clusters der *deutschen Ordoliberalen*, das als kleinstes Cluster nur elf Volkswirtschaftler*innen umfasst, legt nahe, dass diese in ihren Äußerungen vor allem die Staatsschuldenkrise betonen (Grafik 3), Lösungen auf nationalstaatlicher Ebene suchen, europäische Lösungen ablehnen und wirtschaftliche Stabilität als Ergebnis eines erfolgreichen Abschneidens im Nationenwettbewerb begreifen. Verteilungsfragen stellen sich ihnen nicht auf europäischer Ebene und Solidarität kann legitimerweise nur im Rahmen des Nationalstaats eingefordert werden (Grafik 4). Die am häufigsten genannten Probleme sind der Bankenmarkt und die Gier der Manager, die inneren Konflikte zwischen EU-Mitgliedsstaaten und die Staatsverschuldung. Ihre bevorzugten Lösungen sind

die Rückkehr zu einer nationalen Bankenaufsicht, ein Anheben des Renteneintrittsalters und Kürzungen bei Sozialausgaben, der EU-Fiskalpakt von 2012 und ein ordoliberaler, schlanker Staat. Dabei verweisen sie auf das Ideal der freien Marktwirtschaft, auf den Wert des Privateigentums und auf Märkte als die überlegene Ordnungsform, aber auch auf europäische und nationale Solidarität im Rahmen von Maastricht.

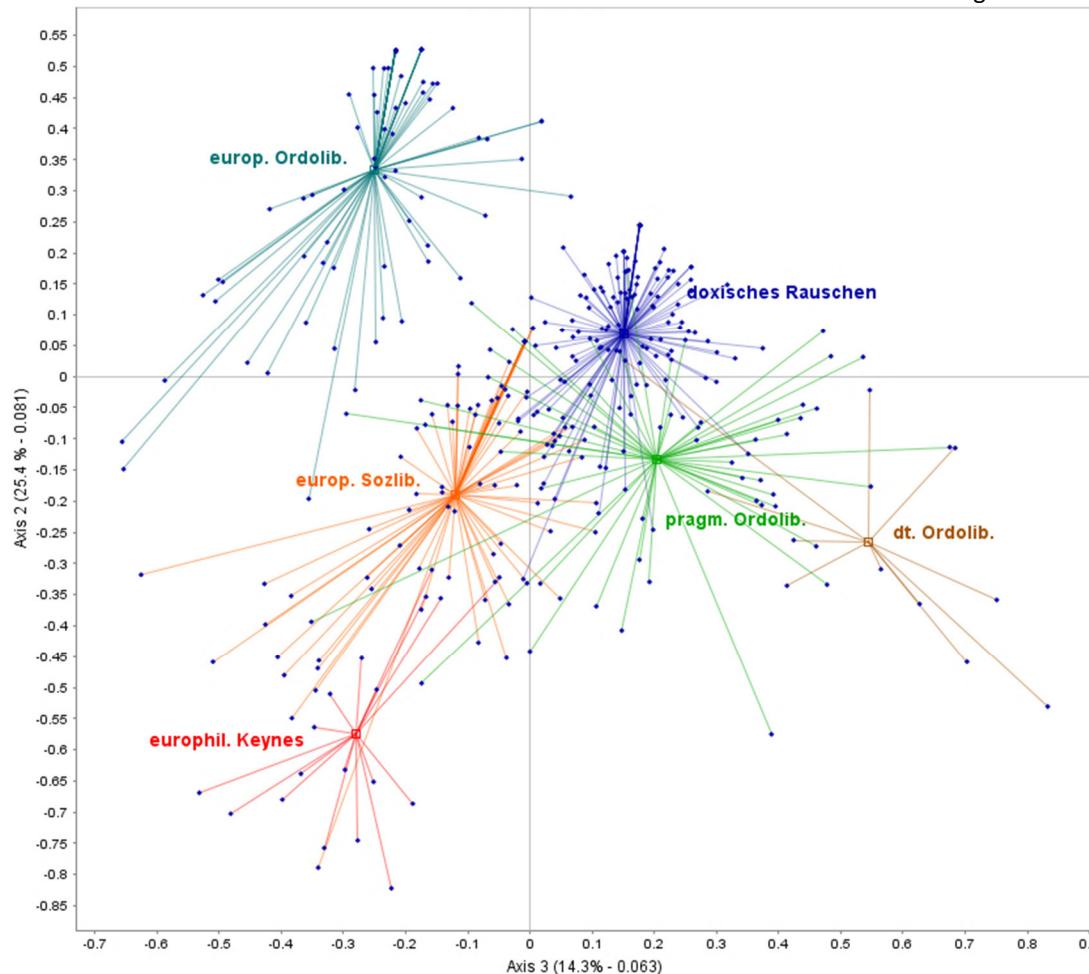
Eine ähnliche Lage wie die deutschen Ordoliberalen, jedoch näher zum Zentroiden, nimmt das Cluster der *pragmatischen Ordoliberalen* ein, welches 51 Wirtschaftswissenschaftler*innen umfasst. Auch sie begreifen die Krise als Staatsschuldenkrise, legen jedoch den Fokus weitaus mehr auf europaweite Stabilität und Umverteilung und schlagen weit weniger nationalistische Tön an. Die größten Probleme sehen sie in der Gefahr der Entwertung von Sparguthaben und anderem Privatvermögen durch das Verhalten der EZB oder des ESM – die EWU droht zur Schuldenunion zu werden. Die am häufigsten genannte Lösung ist die Aufforderung an die EZB, die Liquidität zu reduzieren, die Inflation zu senken und keine OMT zu tätigen. Die pragmatischen Ordoliberalen sind daher monetaristischer orientiert als die deutschen Ordoliberalen. Probleme und Lösungen beurteilen sie mit Bezug auf den Wert des Eigentums und die Grundannahme eines utilitaristischen Verhaltens aller, sowie die Idee eines Markteuropas und die richtige Auslegung des Vertrags von Maastricht.

Der Schwerpunkt des Clusters der *europäischen Ordoliberalen* liegt sowohl in der Ebene 1/2 (Grafik 3) als auch 2/3 (Grafik 4) als einziger alleine in einem der Quadranten, was die Sonderstellung der diskursiven Äußerungen der hier versammelten 78 Volkswirtschaftler*innen betont. Auch sie begreifen die Krise als Staatsschuldenkrise und nennen als Probleme am häufigsten den ESM, das Verhalten der EZB, EU-Staatsanleihen und Target-2-Salden sowie divergierende Interessen zwischen Mitgliedsstaaten, dann jedoch gefolgt von der Interdependenz zwischen Banken und Staaten auf Grund der hohen Staatsverschuldung und der Reformlethargie der südeuropäischen Staaten. Diese stärker europäische Ausrichtung zeigt sich auch bei den genannten Lösungen. Zwar plädieren die europäischen Ordoliberalen für eine Erhöhung des Rentenalters und eine Reduktion von Sozialausgaben sowie einen Verzicht auf Bail-outs, zugleich jedoch ist innereuropäische Hilfe, wenn an Konditionen gebunden, erwünscht. Bei Wertungen orientieren sie sich an Nachhaltigkeit und Verantwortungsbewusstsein, dem Idealbild vollständiger Märkte und nationalem Wettbewerb, aber auch Gerechtigkeit. Diese Volkswirtschaftler*innen weisen einige Nähe zu den pragmatischen Ordoliberalen auf, sind jedoch dezidiert europäisch orientiert.

Die von den 82 Volkswirtschaftler*innen des Clusters der *europäischen Sozialliberalen* geteilte Krisenperzeption ist geprägt von der Sorge um die wirtschaftliche Stabilität Europas. Sie sehen im Zerfall der EWU, hervorgerufen durch eine Krise des Bankenmarkts in unterschiedlichen Facetten und mögliche Staatsinsolvenzen, das zentrale Problem. Von ihnen genannte Lösungen sind eine unpolitische EZB, die Reform der europäischen Bankenregulierung, z.B. durch Einführung eines Trennbankensystems, aber auch Austeritätsmaßnahmen und ein schlanker Staat, wie ihn auch Vertreter*innen des europäischen Ordoliberalismus befürworten. Sie plädieren, wenn auch nicht an erster Stelle, zudem für den Ausbau der europäischen und internationalen Bankenregulierung, das Auflegen europäischer Staatsanleihen oder gar einen europäischen Währungsfond. Dabei berufen sie sich auf Gerechtigkeit und die Idee der sozialen Marktwirtschaft, haben ein Bewusstsein für die Unvollkommenheit von Märkten und äußern den Wunsch, wirtschaftliche Risiken zu reduzieren – eine Melange, die oft zur Bezugnahme auf Keynes führt. Das unterschei-

det diese europaaffinen Vertreter einer sozialen Marktwirtschaft dann dezidiert von den europäischen Ordoliberalen.

Grafik 4: Achsen 2 und 3 der MCA des diskursiven Raums mit den sechs diskursiven Strömungen



Das Cluster der *europhilen Keynesianer*innen* umfasst 18 Volkswirtschaftler*innen, die in ihrer Krisenperzeption Aspekte der Wirtschaftsstabilität und Verteilung in den Vordergrund rücken. Sie nennen als zentrale Probleme die drohende Enteignung von Sparern, die Finanzmarktkrise der USA, die als Ursache gesehen wird, und die Angst vor weiteren Spekulationsblasen, aber auch die fehlende Reformbereitschaft bei südeuropäischen Staaten sowie die Machtversessenheit des politischen Personals. Bei den Lösungen rängieren Bildungsinvestitionen, die 35-Stunden-Woche, die Senkung des Renteneintrittsalters und Lohnerhöhungen, damit ein Ende der Austeritätsmaßnahmen und eine antizyklische Fiskalpolitik ebenso weit vorne wie Ideen für europäische Staatsanleihen und einen europäischen Währungsfond. Dennoch finden sich auch unter ihnen Befürworter von Haushaltsdisziplin und Sparethos. Insgesamt verwundert aber nicht, dass sie den Wert wirtschaftlicher Stabilität und einer Nachfrage stimulierenden Politik ins Zentrum rücken, gepaart mit Verweisen auf Souveränität, Demokratie und Rechtstaatlichkeit.

Die 133 Ökonom*innen des größten Clusters produzieren mit ihren Äußerungen das *doxicische Rauschen* des Diskurses: Die Merkmale ihrer Äußerungen teilen sie mit vielen anderen, sodass sie nahe am Zentroiden gelegen sind (Grafik 3 und 4). Sie sehen die Finanzpolitik der südeuropäischen Staaten, ihre hohen Staatsschulden und ihre mangelnde Wettbewerbsfähigkeit ebenso als Problem wie fehlende Investitionen und Kredite. Sie fürchten eine Schuldenunion, kritisieren zugleich die Austeritätsmaßnahmen und haben Angst vor politischen und sozialen Unruhen. Auch das Spektrum der von ihnen vertrete-

nen Lösungen ist breit. Es umfasst die Möglichkeit der Staatsinsolvenz der südeuropäischen Staaten, das Pochen auf Strukturreformen, die Erhöhung der Steuereffizienz und der Haushaltsdisziplin, Deregulierung sowie eine Absage an OMTs ebenso wie an das Umschulden, einen Bail-out von Banken durch staatliche Institutionen und die Beteiligung privater Gläubiger, aber auch eine Verschärfung der Bankenregulierung auf europäischer Ebene und damit eine Bankenunion. Man bezieht sich auf Geldwertstabilität und auf Wirtschaftsstabilität als Werte, zudem auf Rechtsstaatlichkeit und Souveränität, aber auch auf die Idee eines Wettbewerbs der Nationen. Interessanter ist, was in ihren Äußerungen nicht vorkommt: ein weiterer Ausbau der europäischen Union und ihrer Institutionen, europäische Solidarität, ebenso aber nicht nationale Solidarität und das Pochen auf den Vertrag von Maastricht oder auf ordo- oder sozialliberale Grundsätze. Da sich zudem weitaus am wenigsten mit Äußerungen zu Wort melden, sind sie als der ruhig fließende Mainstream des volkswirtschaftlichen Krisendiskurses zu begreifen.

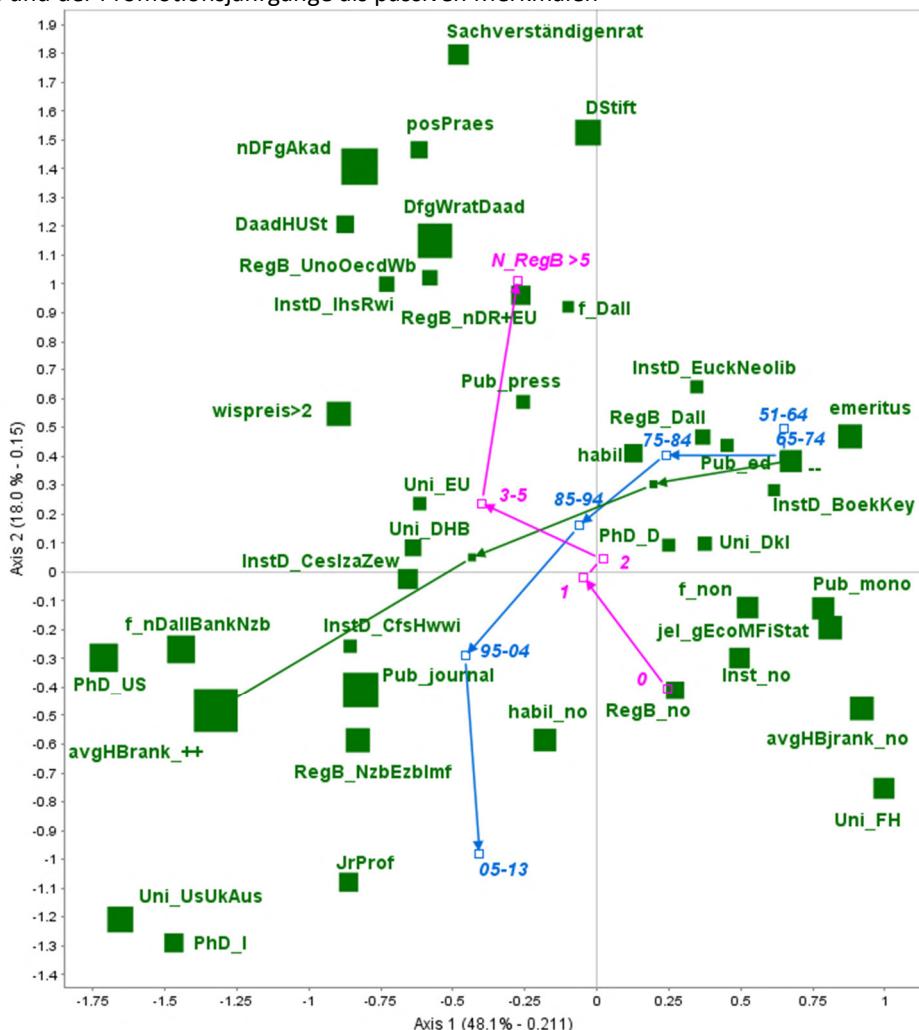
5. Krisenperceptionen als Einsatz im Ringen um die Disziplin der Volkswirtschaftslehre

Nach der Rekonstruktion des diskursiven Raums geht es nun darum zu zeigen, welche Beziehung zwischen der Positionierung in diesem Raum und einer Positionierung im akademischen Feld deutschsprachiger Volkswirtschaftler*innen besteht. Hier wird auf eine an anderer Stelle detailliert dargelegte Rekonstruktion dieser Feldstruktur zurückgegriffen (Schmidt-Wellenburg, 2018a, b), um die sechs diskursiven Cluster in der Grundstruktur des Feldes verorten zu können. Zur Konstruktion dieses Raums der Positionen wurden Eigenschaften herangezogen, die für das akademische Feld und insbesondere die Disziplin der Volkswirtschaftslehre konstitutiv sind und in dieser sozialen Sphäre als objektiviertere und anerkannte Momente akademischen Kapitals gelten. Die hier gezeigte erste Ebene (Grafik 5) umfasst fast 2/3 der Varianz der Daten mit 48,1% auf der ersten und 18% auf der zweiten Achse, wenn nach Benzécri korrigiert wurde. Die Größe der Punkte der einzelnen Eigenschaften entspricht ihrem Beitrag zur Ausrichtung der ersten beiden Achsen und kann somit zu deren Interpretation herangezogen werden.

5.1 Die Struktur des Feldes deutschsprachiger Volkswirtschaftler*innen

Die erste Achse verläuft horizontal und ist als Achse des Volumens akademischen Kapitals zu interpretieren. Links befinden sich jene Eigenschaften, die einen hohen wissenschaftlichen Status verleihen, wie etwa das Publizieren von Journalartikeln in hoch gerankten Fachzeitschriften (avgHBR_++), eine US-amerikanische Promotion (PhD_US) oder die aktuelle Anstellung an einer US-Universität (uni_UsUkAus), eine Verbindung zu einem renommierten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitut wie bspw. dem Cesifo in München (InstD_CfsHwwi), deutsche Drittmittel oder Drittmittel von Banken und Nationalbanken (f_nDallBankNzb) oder eine Verbindung zu einer nationalen oder zur Europäischen Zentralbank oder dem Internationalen Währungsfond (RegB_NzbEzbImf), wobei die letzten beiden Institutionen zu den weltweit ökonomisch forschungsstärksten zählen (Mudge & Vauchez, 2016). Rechts befinden sich Merkmale wie Emeritus zu sein, vor allem im Bereich der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre und Statistik, oder in Randbereichen der Volkswirtschaftslehre wie Management oder Finanzierung zu forschen (jel_gEcoMFStat), Monografien zu schreiben und in nicht gerankten Journals zu publizieren (Pub_mono), an einer Fachhochschule angestellt zu sein sowie keine Verbindung zu einem Forschungsinstitut oder Regierungsinstitutionen zu haben oder über keine Drittmittel zu verfügen. Die Interpretation der ersten Achse wird durch die Lage der vier Merkmalskategorien „sehr niedrig“, „niedrig“, „hoch“, „sehr hoch“ des Rankings des Durchschnittsjournalartikels bestätigt, eine Linie, die von rechts nach links und vom ersten in den dritten Quadranten verläuft.

Grafik 5: Achsen 1 und 2 der MCA des Felds deutschsprachiger Volkswirtschaftler*innen mit den in dieser Ebene am höchsten ladenden 40 aktiven Merkmalen sowie der Anzahl der Engagements mit Regierungsinstitutionen und der Promotionsjahrgänge als passiven Merkmalen



Die zweite, vertikale Achse differenziert zwischen dem unten gelegenen wissenschaftlich autonomen Pol des Feldes und dem oben gelegenen politiknahen heteronomen Pol des Feldes. Am heteronomen Pol finden sich Eigenschaften wie Beratungstätigkeiten und Jobs bei UNO, OECD oder Weltbank, bei nicht-deutschen und europäischen oder bei deutschen Bundes-, Landes- oder Kommunalregierungsinstitutionen (im ersten Quadranten), wobei die genannten Merkmale auf der ersten Achse von links nach rechts geordnet sind, d.h. sich unterschiedlich gut in akademisches Kapital und Anerkennung übersetzen lassen. Hinzu kommt die Mitgliedschaft im Sachverständigenrat der Bundesregierung für wirtschaftliche Fragen, die Leitung eines außeruniversitären Instituts (posPraes) und Pressepublikationen als zentrale Äußerungsform. Hier ist auch das Engagement in der Wissenschaftsselbstverwaltung angesiedelt, sei es in DFG, Wissenschaftsrat oder DAAD, in nicht deutschen Forschungsräten und Akademien sowie bei Stiftungen. Am autonomen Pol sind Eigenschaften wie die Nähe zu sehr politikfernen und forschungsstarken Regierungsinstitutionen wie NZB, EZB und IWF lokalisiert, aber auch die Eigenschaft, keine Kontakte zu Regierungsorganisationen zu besitzen. Hier ist auch die Juniorprofessur und damit einhergehend das Fehlen einer Habilitation angesiedelt, ein erster Hinweis auf die veränderten und internationalisierten neuen akademischen Standards, die in den letzten Jahren am autonomen Pol des Feldes etabliert wurden. Die Lage der Anzahl des Engagements mit Regierungsinstitutionen (passive Variable), die entlang der zweiten Dimension ansteigt von „keine“ bis „mehr als fünf“, bestätigt die Interpretation.

Betrachtet man das als passive Variable verwendete wissenschaftliche Alter, das hier in der Form des Promotionsjahrs in sechs Gruppen erhoben wurde, zeigt sich, dass der Raum auch als nach unterschiedlichen Wissenschaftler*innengenerationen aufgeteilt begriffen werden kann, mit den ältesten Ökonom*innen im ersten und den jüngsten im dritten Quadranten. Denkt man dieses Altersgefälle nun zusammen mit den in diesem Bereich des Raums vertretenen Eigenschaften, erkennt man, dass im ersten Quadranten eine national verankerte, deutsche Ökonomik vorherrscht, während im dritten Quadranten transnationale Verbindungen hin zur US-internationalisierten Ökonomik dominieren.

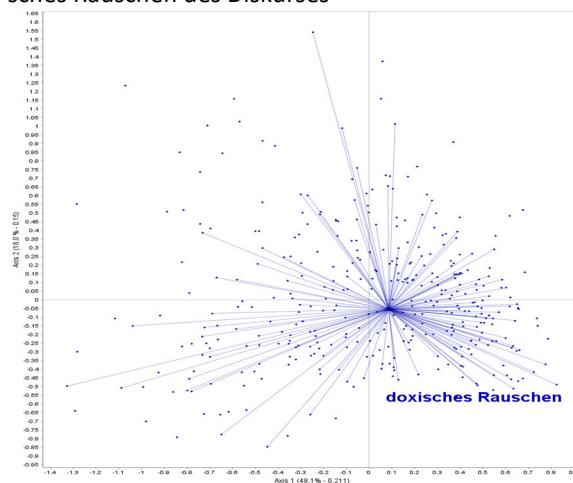
5.2 Positionen und Positionierungen in der Krise

Wechselt man nun vom Raum der Merkmale in den der Individuen, wobei sich lediglich der Maßstab, nicht jedoch die Relationen und damit Bedeutungskonfiguration des Raumes verändert (Le Roux & Rouanet, 2010, 41f.), lassen sich die im diskursiven Raum konstruierten sechs Cluster als passive, die Konstruktion des Felds der Volkswirtschaftler*innen nicht beeinflussende Merkmale der Individuen einblenden, wobei das Zentrum des jeweiligen Sternendiagramms dem Schwerpunkt der Subpunktewolke der zu dieser diskursiven Strömung gehörenden Individuen entspricht.

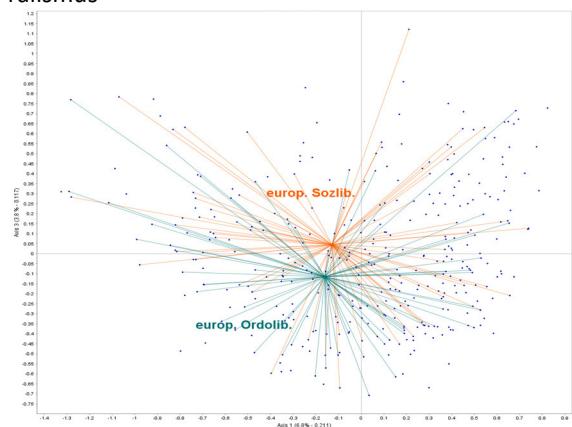
Das *doxische Rauschen des Diskurses*, die zahlenmäßig stärkste und zugleich inhaltlich disparateste Strömung, artikuliert eine in vielen Bereichen des akademischen Feldes geteilte Weltsicht, was sich in der großen Dispersion der sie artikulierenden Volkswirtschaftler*innen und in der Lage des Schwerpunkts – im vierten Quadranten, aber nahe am Zentroiden – zeigt (Grafik 6). Im Kontrast hierzu sind die Schwerpunkte des *europäischen Sozialliberalismus* und des *europäischen Ordoliberalismus* links vom Zentroiden auf der ersten Achse gelegen (Grafik 7), was darauf verweist, dass diese Volkswirtschaftler*innen über mehr akademisches Kapital und wissenschaftliches Prestige verfügen. Hierbei sind europäische Sozialliberale eher im zweiten Quadranten zu finden, was auf eine größere Nähe zum staatsbürokratischen Feld hinweist, wohingegen europäische Ordoliberalen eher im dritten Quadranten verortet sind. Beiden Strömungen gemein ist aber die im Vergleich zur Strömung des *pragmatischen Ordoliberalismus* und des *deutschen Ordoliberalismus* stärkere Verankerung der Karrieren der Volkswirtschaftler*innen in transnationalen Institutionen (Grafik 9).

Zieht man zusätzlich die hier nicht ausführlich diskutierte dritte Dimension heran, die 7,9% der Gesamtvarianz der Daten erklärt, so ist zu erkennen, dass die Schwerpunkte der beiden europäischen Strömungen um das Dreifache auseinanderrücken (Grafik 8). Die dritte Achse differenziert erneut einen autonomen Pol des Feldes unten, in dessen Richtung die diskursive Strömung des europäischen Ordoliberalismus zieht, von einem heteronomen Pol oben, der nun aber von der Nähe zu Unternehmen geprägt ist und in dessen Richtung der europäische Sozialliberalismus drängt. Zu letzteren gehören Volkswirtschaftler*innen, deren Äußerungen die wirtschaftlichen Gefahren eines Endes der EWU und Probleme des Finanz- und Bankenmarkts ins Zentrum rücken. Diese sollen durch europäische Eingriffe und neue europäische Institutionen bekämpft werden um wirtschaftliche Stabilität zu sichern. Im Gegensatz dazu begreifen die europäischen Ordoliberalen die Krise als europäische Staatsschuldenkrise, die mit vorhandenen europäischen Regeln und einer „vernünftigen“ Spar- und Fiskalpolitik, die es effizienter durchzusetzen gilt, behoben werden kann.

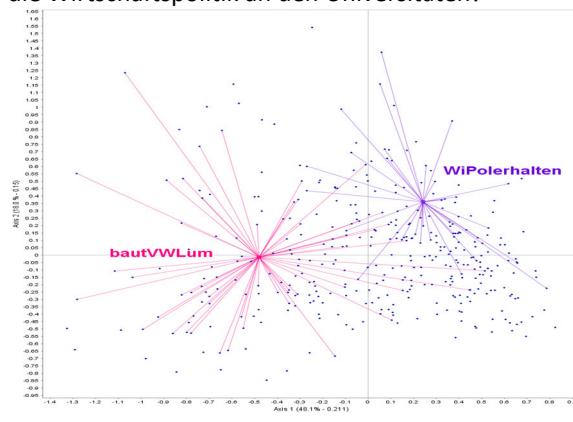
Grafik 6: Achsen 1 und 2 der MCA des akademischen Felds deutschsprachiger Volkswirtschaftler*innen mit der diskursiven Strömung des doxisches Rauschen des Diskurses



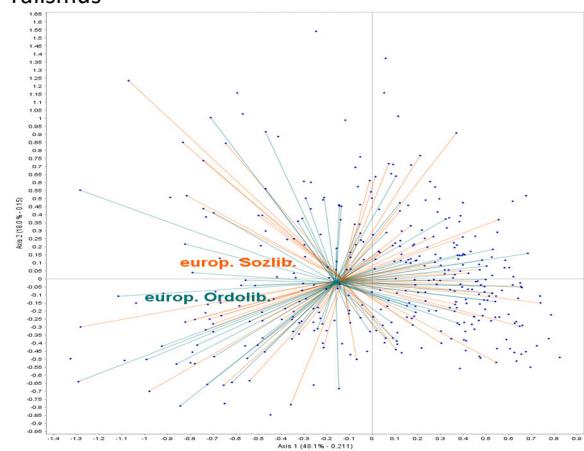
Grafik 8: Achsen 1 und 3 der MCA des akademischen Felds deutschsprachiger Volkswirtschaftler*innen mit den diskursiven Strömungen europäischer Sozialliberalismus und europäischer Ordoliberalismus



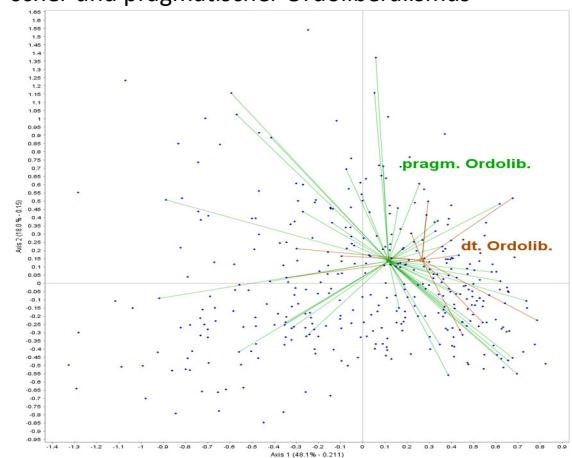
Grafik 10: Achsen 1 und 2 der MCA des akademischen Felds deutschsprachiger Volkswirtschaftler*innen mit Unterzeichnern der 2009 veröffentlichten Aufrufe „Baut die deutsche Volkswirtschaft nach internationalen Standards um!“ und „Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten!“



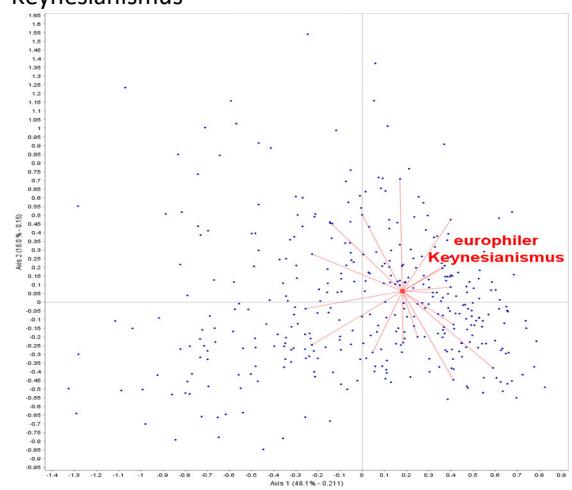
Grafik 7: Achsen 1 und 2 der MCA des akademischen Felds deutschsprachiger Volkswirtschaftler*innen mit den diskursiven Strömungen europäischer Sozialliberalismus und europäischer Ordoliberalismus



Grafik 9: Achsen 1 und 2 der MCA des akademischen Felds deutschsprachiger Volkswirtschaftler*innen mit den diskursiven Strömungen deutscher und pragmatischer Ordoliberalismus



Grafik 11: Achsen 1 und 2 der MCA des akademischen Felds deutschsprachiger Volkswirtschaftler*innen mit der diskursiven Strömung europphiler Keynesianismus



Die Volkswirtschaftler*innen der diskursiven Strömung des *deutschen Ordoliberalismus* sind vor allem im ersten Quadranten verankert und überhaupt nicht im dritten, was auf eine feste Verwurzelung in der deutschen Politik und in deutschen Regierungsinstitutionen verweist (Grafik 9). Gleches gilt für die *pragmatischen Ordoliberalen*, die jedoch über mehr wissenschaftliches Prestige verfügen, was vor allem auf ihr Engagement am heteronomen, von internationalen Organisationen geprägten Pol zurückgeht.

Die Differenz zwischen auf der einen Seite europäischem Ordo- und Sozialliberalismus und auf der anderen Seite pragmatischem und deutschem Ordoliberalismus ist auch eine zwischen Generationen. Jüngere Volkswirtschaftler*innen-Generationen sind methodologisch anders geprägt, da die Wirtschaftswissenschaft in den letzten Jahrzehnten nicht nur stark internationalisiert wurde, sondern zur mathematisierten und experimentellen Wissenschaft geworden ist (Flassbeck, 2004; Weintraub, 2002). Exemplarisch hierfür sind auch die beiden 2009 veröffentlichten Aufrufe zur Situation der deutschen Volkswirtschaftslehre, denen ein konträres Verständnis der Disziplin zugrunde liegt (Grafik 10). Die Unterzeichner des Aufrufs „Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten!“ liegen zum Großteil im ersten Quadranten. Der Aufruf propagiert ein normatives Verständnis der Volkswirtschaftslehre als Staatswissenschaft mit ordnungspolitischem Sendungsbewusstsein und kritisiert die Weltfremdheit und formal-wissenschaftliche Rigidität neuerer Entwicklungen. Demgegenüber befinden sich die meisten Unterzeichner der Erwiderung „Baut die deutsche Volkswirtschaft nach internationalen Standards um!“ in den Quadranten zwei und drei. Sie sehen die Gefahr, dass die deutsche Volkswirtschaftslehre im internationalen wissenschaftlichen Wettbewerb abhängt wird, sollte sie weiter einem deutschen „Sonderweg“ folgen. Mikrofundierung, Neoklassik, empirische Forschung und Mathematisierung sind die Grundpfeiler einer modernen Volkswirtschaftslehre, die sich an den international gültigen, in US-amerikanischen Economic Departments geprägten Standards orientiert. Dieser generationale Wandel ging einher mit der Einbindung der neueren Generationen in die in den letzten Jahrzehnten ausgebauten transnationalen Regierungsinstitutionen, wie bspw. EZB und IMF, die auch die transnationalen Beobachtungsinstrumente und Datensätze entwickelt haben. Die wissenschaftlichen Laufbahnen sind nicht nur internationalisiert worden, sondern unweigerlich mit transnationalen Methodologien und Fragestellungen verknüpft. Es zeigt sich, dass sowohl die politökonomischen Stellungnahmen zur Krise als auch die Positionen, die im Rahmen eines derartigen „Methodenstreits“ bezogen werden, durch den Bezug auf die Struktur des Feldes zueinander in Beziehung gesetzt und erklärt werden können.

Die Lage der *europhilen Keynesianer*innen*, die auf weitere europäische Integration bedacht sind, erstaunt auf den ersten Blick (Grafik 11): Rechts vom Zentroiden im ersten Quadranten und in machtloser Position sind sie in unmittelbarer Nähe zu den nationalistischen deutschen Ordoliberalen situiert, wenn auch sich zwei Individuen im dritten Quadranten befinden. Es liegt nahe, dass die europhilen-keynesianischen und die deutsch-ordoliberalen Ökonom*innen Repräsentant*innen des historischen Streits zwischen linker Nachfragepolitik und rechter Angebotspolitik in seiner spezifisch deutschen Ausprägung sind. Zugleich erklärt sich aus der relativ geringen Anzahl der Sprecher*innen der europhil-keynesianischen Diskursströmung, dem relativen Machtgefälle und der großen Distanz im Feld der Volkswirtschaftler*innen zur europäisch-sozioliberalen Strömung, in der ja zumindest anschlussfähige diskursive Positionierungen vertreten werden, ihr relativ geringer Einfluss auf die deutsche volkswirtschaftliche Krisenperzeption. Umgekehrt ist es den nationalistischen deutschen Ordoliberalen in Koalition mit den pragmatischen Ordoliberalen sehr viel besser gelungen, ihre Position im Diskurs fest zu ver-

ankern. Zudem sind letztere potentielle Koalitionäre für die Strömung der europäischen Ordoliberalen, wenn es darum geht, eine Wahrnehmung der Krise als Staatsschuldenkrise durchzusetzen.

So lässt sich zeigen, dass die der Strömung der europäischen Ordoliberalen im diskursiven Raum offenstehenden Möglichkeiten, sowohl eine Diskurskoalition mit der Strömung der europäischen Sozioliberalen als auch mit den pragmatischen Ordoliberalen einzugehen (Grafik 3 und 4), gepaart ist mit einer starken Position dieser Strömung im akademischen Feld der deutschsprachigen Volkswirtschaftler*innen und einer großen akademischen Nähe dieser zur Strömung des europäischen Sozialliberalismus (Grafik 7). Diese Konfiguration des Raums der Positionen und der Positionierungen eröffnet den europäischen Ordoliberalen die besten Möglichkeiten, ihre Sicht der Dinge in den deutschsprachigen volkswirtschaftlichen Krisendebatten zu verankern, deren Grundzüge zu den Eckpfeilern der allgemein geteilten Krisenperzeption werden zu lassen und sich selbst als Stimme der Vernunft zu inszenieren. Die inhaltlich naheliegende alternative Diskurskoalition von europäischen Sozioliberalen und europhilen Keynesianer*innen wäre aufgrund der schwachen Position und der geringen Anzahl letzterer, der großen Distanz zwischen beiden Strömungen im Feld der Volkswirtschaftler*innen sowie der geringen Auswahl an weiteren diskursiven und zugleich strukturellen Verbündeten, sehr viel schwerer zu etablieren.

6. Schluss

Das zentrale Anliegen des Beitrags war es, die Vielfalt der volkswirtschaftlichen Positionierungen zur europäischen Krise zu erfassen. Zugleich konnte aufgezeigt werden, dass die als europäisch-ordoliberal bezeichnete Diskursströmung jene ist, die es schafft, den größten Einfluss auf die Krisenperzeption zu nehmen. Die dieser Strömung zugeordneten Volkswirtschaftler*innen sind im akademischen Feld der deutschen Volkswirtinnen mächtig und können im diskursiven Raum der Krisenperzeption raumübergreifende Koalitionen zwischen pragmatischen Ordoliberalen und europäischen Sozialliberalen schmieden. Zugleich ist der Einfluss der europhilen Keynesianer*innen begrenzt, da sie nicht über ausreichende wissenschaftliche Ressourcen verfügen, die sich in diskursive Autorität umsetzen lassen, um der dominanten Interpretation etwas entgegenzusetzen. Die Situation der deutschen Ordoliberalen ist ähnlich akademisch schwach bei zugleich aufgrund ihres Beharrens auf dem Primat der Nation und des Nationalstaats fehlenden diskursiven Koalitionsoptionen, sodass es ihnen nicht wirklich gelingt, den volkswirtschaftlichen Krisendiskursen ihren Stempel aufzudrücken, was sie jedoch nicht daran hindert, in den allgemeinen öffentlichen Debatten weitaus erfolgreicher zu sein. Ihre europäischen Desintegrationszenarien finden hier großen Anklang und es gelingt ihnen, aus ihren im akademischen Kontext geringgeschätzten wissenschaftlichen Eigenschaften politisches Kapital zu schlagen, was sich bspw. im aktiven Engagement von 22 der hier Untersuchten bei der Gründung von AfD und später ALFA zeigt. Dies verweist auf eine Homologie zwischen dem akademischen und dem politischen Feld, die ihren Ausdruck in konservativen wissenschaftlichen Positionierungen und nationalistischen politischen Tönen findet und ihre Ursache wohl zumindest zum Teil in einer Entwertung akademischer Karrieren durch die Transnationalisierung des akademischen Feldes hat.

Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen der Renationalisierung und des Erstarkens autokratischer, mit neoliberalen Versatzstücken garnierter Regierungsstile sollte die polit-ökonomisch informierte wissenssoziologische Forschung auch zukünftig die Verbindungen von wirtschaftswissenschaftlichen, juristischen und anderen akademischen Expertisen und Experten, politischen Programmen und im weitesten Sinne politischen Re-

gierungsinstitutionen genauer ausleuchten. Untersuchungen, wie die hier vorgestellte, können dann einen zumindest dreifachen Beitrag zu aktuellen soziologischen Debatten leisten.

Erstens tragen sie zu einer differenzierteren Analyse der Transnationalisierung akademischer Felder bei und zeigen auf, dass keineswegs von einer vorbehaltlosen Internationalisierung der Wissenschaft ausgegangen werden kann, sondern dass wissenschaftliche Felder bei allen transnationalen Verbindungen national verankert bleiben (Fourcade, 2009). Für ein Verständnis der Produktion von Regierungswissen und -personal muss daher die historisch-nationalstaatsspezifische Entwicklung einbezogen werden und dies eben nicht nur in den ‚nationalen‘, sondern gerade auch in den ‚internationalisierten‘ Feldregionen: deutsche, französische und US-amerikanische Volkswirtschaftler*innen sind nur ‚international‘ im Verhältnis zu ihren ‚nationalen‘ Kolleg*innen und ein internationales Feld der Volkswirtschaftslehre daher sehr wohl national strukturiert.

Zweitens erlaubt eine solche Forschungsperspektive die im europäischen Kontext oft als unausweichlich empfundene Trias von Austerität, nationaler Wettbewerbsfähigkeit und europäischem Ordnungsrahmen als Effekt konkreter Feld- und Diskursstruktur zu begreifen und aus ihrer historischen Entwicklung und den Strukturierungseffekten des praktischen Engagements der Volkswirtschaftler*innen bei der Produktion wirtschaftswissenschaftlicher Äußerungen heraus zu verstehen. Das beugt der vereinfachenden These einer deutschen polit-ökonomischen Hegemonie in Europa vor und betont die diskursive Konstruktion gerade auch im Interdiskurs äußert wirksamer nationaler Hierarchisierungen (Adler-Nissen, 2017), ohne die sozialen Konstruktionsprozesse und die Beteiligung der ihnen symbolisch Unterworfenen auszublenden und sich damit der eigenen Kritikfähigkeit zu berauben (Bourdieu, 2004).

Drittens leistet dieses Forschungsprogramm einen wichtigen Beitrag zur weiteren Soziologisierung der European Studies, die die gängige, politikwissenschaftlich orientierte Europasozioologie der Policy und der Multi-Level-Governance-Analysen um eine Soziologie europäischer Agenten und europäischen Wissens erweitert (Georgakakis & Weisbein, 2010). Die Feldtheorie bietet hier eine echte Alternative zu den Paradigmen des europäischen Supranationalismus und des Intergouvernementalismus, da sie das Wechselspiel zwischen Europäisierung und Nationalisierung nicht als Nullsummenspiel begreifen muss und so Transnationalisierungsprozesse untersuchen kann, ohne die nationalstaatliche Verankerung vieler sozialer Praktiken aus den Augen zu verlieren. Die Fruchtbarkeit dieses Forschungsprogramms zeigt sich in letzter Zeit in Forschungsarbeiten, die nicht die Brüsseler Eurokratie, sondern Prozesse der horizontalen Europäisierung (Büttner & Mau, 2014) und der Etablierung transnationaler europäischer Felder (Bernhard & Schmidt-Wellenburg, 2014; Schmidt-Wellenburg & Bernhard, 2019) in den Mittelpunkt stellen.

Literatur

Adler-Nissen, R. (2017). Are we 'nazi Germans' or 'lazy Greeks'? Negotiating hierarchies in the euro crisis. In A. Zarakol (Ed.), *Hierarchies in world politics* (198-218). Cambridge: Cambridge University Press.

Angermüller, J. (2013). How to become an academic philosopher. Academic discourse as a multileveled positioning practice. *Sociología histórica*, (2), 263-288.

- Benzécri, J.-P. (1992). *Correspondence analysis handbook*. New York: Dekker.
- Bernhard, S., & Schmidt-Wellenburg, C. (Eds.). (2014). Politische Soziologie transnationaler Felder. *Schwerpunkttheft des Berliner Journal für Soziologie*, 24(2). Wiesbaden: VS Springer.
- Beyer, K., Grimm, C., Kapeller, J., & Pühringer, S. (2017). *Der deutsche Sonderweg im Fokus. Eine vergleichende Analyse der paradigmatischen Struktur und der politischen Orientierung der deutschen und US-amerikanischen Ökonomie* (ICAE Working Paper Series No. 71).
- Blyth, M. (2012). *Austerity. The history of a dangerous idea*. Oxford: Oxford University Press.
- Boltanski, L., & Thévenot, L. (2011). Soziologie der kritischen Kompetenzen. In R. Diaz-Bone (Ed.), *Soziologie der Konventionen. Grundlagen einer pragmatischen Anthropologie* (43-68). Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Bourdieu, P. (1985). The market of symbolic goods. *Poetics*, 14(1-2), 13-44.
- Bourdieu, P. (1991). "Inzwischen kenne ich alle Krankheiten der soziologischen Vernunft." Pierre Bourdieu im Gespräch mit Beate Krais. In P. Bourdieu, J.-C. Chamboredon, & J.-C. Passeron (Eds.), *Soziologie als Beruf. Wissenschaftstheoretische Voraussetzungen soziologischer Erkenntnis* (269-284). Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Bourdieu, P. (1993). *Sozialer Sinn*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Bourdieu, P. (1996). Die Praxis der reflexiven Anthropologie. In P. Bourdieu & L. J. D. Wacquant (Eds.), *Reflexive Anthropologie* (251-294). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. (2004). *Science of science and reflexivity*. Cambridge: Polity Press.
- Braun, B. (2014). Why models matter: the making and unmaking of governability in macroeconomic discourse. *Journal of critical globalisation studies*, (7), 48-79.
- Büttner, S. M., & Mau, S. (2014). EU-Professionalismus als transnationales Feld. *Berliner Journal für Soziologie*, 24(2), 141-167.
- Corbin, J., & Strauss, A. L. (2008). *Basics of qualitative research. Techniques and procedures for developing grounded theory* (3rd ed.). Los Angeles: Sage.
- Desrosières, A. (2005). *Die Politik der großen Zahlen. Eine Geschichte der statistischen Denkweise*. Berlin: Springer.
- Diaz-Bone, R. (2007). Die französische Epistemologie und ihre Revision. Zur Rekonstruktion des methodologischen Standortes der Foucaultschen Diskursanalyses. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 8(2), Art. 24.
- Flassbeck, H. (2004). Glasperlenspiel oder Ökonomie. Der Niedergang der Wirtschaftswissenschaften. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 58(9), 1071-1079.

- Foucault, M. (1981). *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fourcade, M. (2009). *Economists and societies. Discipline and profession in the United States, Britain, and France, 1890s to 1990s*. Princeton: Princeton University Press.
- Geiger, T. (1998). Ludwig Erhard und die Anfänge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. In R. Hrbek & V. Schwarz (Eds.), *40 Jahre Römische Verträge: Der deutsche Beitrag* (50-64). Baden-Baden: Nomos.
- Georgakakis, D., & Weisbein, J. (2010). From above and from below: A political sociology of European actors. *Comparative European politics*, 8(1), 93-109.
- Heinemann, F. (2012). *Stellungnahme zur Europäischen Bankenunion*. Retrieved from https://www.macroeconomics.tu-berlin.de/fileadmin/fg124/allgemein/Stellungnahme_zur_Europaeischen_Bankenunion.pdf
- Helgadóttir, O. (2015). The Bocconi boys go to Brussels: Italian economic ideas, professional networks and European austerity. *Journal of European public policy*, 23(3), 392-409.
- Hirte, K., & Pühringer, S. (2014). ÖkonomInnen und Ökonomie in der Krise?! Eine diskurs- und netzwerkanalytische Sicht. *Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift des ISW (WISO)*, (1), 159-178.
- Jabko, N. (2006). *Playing the market. A political strategy for uniting Europe, 1985-2005*. Ithaca: Cornell University Press.
- Keller, R. (2004). *Diskursforschung. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler*. Opladen: Leske + Budrich.
- Krämer, W. (2012). *Bankenkrise. Aufruf von 273 deutschsprachigen Wirtschaftsprofessoren*. Retrieved from <https://www.statistik.tu-dortmund.de/kraemer.html>
- Le Roux, B., & Rouanet, H. (2004). *Geometric data Analysis. From correspondence analysis to structural data analysis*. Dordrecht: Kluwer Academic Publishers.
- Le Roux, B., & Rouanet, H. (2010). *Multiple correspondence analysis*. Thousand Oaks: Sage.
- Lebaron, F. (2000). *La croyance économique. Les économistes entre science et politique*. Paris: Le Seuil.
- Lebaron, F. (2010). *La crise de la croyance économique*. Bellecombe-en-Bouges: Edition du Croquant.
- Lebaron, F. (2017). Zwischen Ökonomie und Politik. Zur diskursiven Konstruktion des Begriffs Sozialmodell im Sarkozy-Wahlkampf 2005-2007. *Berliner Journal für Soziologie*, 27(3/4).

Lenger, A. (2018). Socialization in the academic and professional field: Revealing the Homo Oeconomicus Academicus. *Historical social research*, 43(3), 39-62.

Maeße, J. (2015). *Eliteökonomen. Wissenschaft im Wandel der Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS.

Maeße, J. (2018). Globalization strategies and the economics dispositif: Insights from Germany and the UK. *Historical social research*, 43(3), 120-146.

Mannheim, K. (1985). *Ideologie und Utopie* (1929 ed.). Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann.

Marcussen, M. (2009). Scientization of central banking: The politics of a-politization. In K. Dyson & M. Marcussen (Eds.), *Central banks in the age of the Euro. Europeanization, convergence, and power* (373-390). Oxford: Oxford University Press.

Mudge, L. S., & Vauchez, A. (2012). Building Europe on a weak field: Law, economics, and scholarly avatars in transnational politics. *American journal of sociology*, 118(2), 449-492.

Mudge, L. S., & Vauchez, A. (2016). Fielding supernationalism: The European Central Bank as a field effect. *The sociological review monographs*, 64(2), 146-169.

Mudge, L. S., & Vauchez, A. (2018). Too embedded to fail: The ECB and the necessity to calculate Europe. *Historical social research*, 43(3), 248-273.

Münch, R. (2008). Constructing a European society by jurisdiction. *European law journal*, 14(5), 519-541.

Mundell, R. (1969). *A Plan for a European currency*. Paper prepared for discussion at the American Management Association conference on future of the international monetary system, New York, December 10-12.

Schmidt-Wellenburg, C. (2013). *Die Regierung des Unternehmens. Managementberatung im neoliberalen Kapitalismus*. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz.

Schmidt-Wellenburg, C. (2016). Wissenschaft, Politik und Profession als Quellen diskursiver Autorität. In J. Hamann, J. Maeße, V. Gengnagel, & A. Hirschfeld (Eds.), *Macht in Wissenschaft und Gesellschaft. Diskurs- und feldanalytische Perspektiven* (477-504). Wiesbaden: Springer VS.

Schmidt-Wellenburg, C. (2017). Europeanisation, stateness, and professions: What role do economic expertise and economic experts play in European political integration? *European journal of cultural and political sociology*, 4(4), 430-456.

Schmidt-Wellenburg, C. (2018a). For or against the European banking union: Position-takings and positions of 'German-speaking economists' in times of crisis? In J. Blasius, B. Le Roux, F. Lebaron, & A. Schmitz (Eds.), *Investigations of social space* (i.E.).

Schmidt-Wellenburg, C. (2018b). Struggling over crisis. Discursive positionings and academic positions in the field of German-speaking economists. *Historical social research*, 43(3), 147-188.

Schmidt-Wellenburg, C., & Bernhard, S. (Eds.). (2019). *Charting transnational fields: Methodology for a political sociology of knowledge*. London: Routledge.

Schmidt-Wellenburg, C., & Lebaron, F. (2018). There is no such thing as 'the economy'. Economic phenomena analysed from a field-theoretical perspective. *Historical social research*, 43(3), 7-38.

Thiemeyer, G. (1999). *Vom „Pool Vert“ zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik 1950-1957*. München: Oldenbourg.

Thiemeyer, G. (2013). Economic models in France and Germany and the debates on the Maastricht Treaty. *Journal of European integration history*, 19(1), 85-103.

Vogl, J. (2015). *Der Souveränitätseffekt*. Zürich: Diaphanes.

Weintraub, E. R. (2002). *How economics became a mathematical science*. Durham: Duke University Press.